

Zur Verfassungsfeier 1924

Von Carl Severing

Der Geburtstag der republikanischen Verfassung Deutschlands ward nie in festesfrohen, sorgenfreien Zeiten begangen. Als sie im Jahre 1919 geschaffen wurde, da umdüsterte das Versailler Friedensdiktat die helle Freude darüber, daß es endlich gelungen war, eine gemeinsame Grundlage zur Weiterarbeit am jungen Werk der Republik zu finden. Ein Jahr später dämpften die Bedingungen von Spa und innere Zuckungen den Festjubiläum, 1921 mahnten das Londoner Ultimatum und die „Sanktionen“ des Feindbundes an den Ernst der Zeit, 1922 mischte sich die gerechte Empörung über den hinterhältigen, feigen Mord an Rathenau in die Festesstimmung. Die Verfassungsfeier 1923 endlich fiel in die Zeit der tiefsten inneren Not und des stärksten außenpolitischen Druckes. Mit Riesenschritten gingen die Reste unserer Währung bergab, und vor den Lebensmittelläden standen hunderte hungriger Frauen und Männer, um schnell noch für die entwerteten Geldscheine etwas von den so selten gewordenen Lebensmitteln zu erhaschen...

Ein wenig freundlicher zeigt sich in diesem Jahre die Wirtschaftslage unseres Volkes. Der Versuch einer festen Währung hat den Lebensmittelmarkt belebt, die Preise sind leichter zu erschwingen wie im Vorjahr. Eine prächtige Ernte verspricht eine weitere Linderung der Notlage. Und doch will auch in diesem Jahre ungeteilte Festesfreude nicht aufkommen. Vertreter der deutschen Regierung schicken sich an, mit den Bevollmächtigten der Interalliierten das große Problem der Reparationen, der Befriedung Europas zum Abschluß zu bringen. Das ist eine Riesenaufgabe, und die Worte des alten Frundsberg: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang“ wären am 4. August die passendsten Abschiedsworte für den Reichsfinanzminister Luther sowohl wie für den Reichskanzler und den Außenminister gewesen.

Die Verfassung eines Volkes ist nur der Rahmen seines staatlichen Lebens, den es mit lebendigem Inhalt füllen soll. Die Artikel einer geschriebenen Verfassung können noch so vortrefflich sein, — hat ein Volk nicht die Kraft, sie in die Tat umzusetzen, dann bleiben sie bestenfalls Trostpillen für eine entferntere Zukunft. Unsere Verfassung ist zum Teil derartige Zukunftshoff-

nung, nicht Gegenwartserfüllung. Das sollen wir gerade heute eingestehen, gerade heute allen Freunden, aber noch deutlicher unsern ehemaligen Feinden sagen. Ein wirtschaftlich geknebeltes Deutschland kann nicht zu einem wirklichen politischen Freistaat werden. Solange wichtige deutsche Gebietsteile von interalliierten Militärs besetzt sind, die sich das Recht nehmen, eigene Verordnungen zu erlassen, selbst Recht zu sprechen, geht nicht alle Staatsgewalt in deutschen Landen vom deutschen Volke aus. Nichts könnte die Verfassungsfeier dieses Jahres besser krönen, als eine Botschaft aus London, daß in naher Zukunft Deutschlands Wirtschaft wieder frei wird und daß wir im Westen wieder auf freiem Grunde mit freiem Volk stehen werden.

Der englische Premierminister Ramsay Mac Donald hat vor einigen Monaten durchaus zutreffend darauf hingewiesen, daß die Politik der sogenannten Siegerstaaten nicht ganz unschuldig an der Zurückdrängung der demokratischen Kräfte in Deutschland sei. Zieht die Londoner Konferenz aus dieser Erkenntnis die richtigen Schlußfolgerungen, dann kann mancher Fehler der letzten Jahre auch auf diesem Gebiete wieder gutgemacht werden.

Wir aber wollen trotz allen Ernstes der Zeit, trotz aller Mängel des Werkes die Freude an seiner Errichtung uns nicht vergällen lassen. Die Verfassung ist das Fundament, auf dem wir — allen Hindernissen und Gefahren zum Trotz — einmal den stolzen Bau eines freien und friedliebenden Deutschlands errichten wollen. Sie ist das Band, das alle in gemeinsamer Arbeit umschlingt, die guten Willens sind, an diesem Ziele mitzuarbeiten. Der 11. August 1923 war gewiß kein Freudentag, aber wer drei Tage später, am 14. August, nach dem Sturze des Kabinetts Cuno die neue Regierungsbank sah, dem fiel der Fortschritt der letzten Jahre in die Augen: Neben Stresemann — Hilferding, Repräsentanten von Parteien, die im Jahre 1919 das Verfassungswerk von Weimar lebhaft bekämpft hatten. Noch ein paar Jahre Gemeinschaftsarbeit, und niemand wird an seinen Grundmauern ernstlich mehr rütteln wollen.

Verfassungen sind nicht Selbstzweck. Ihr Rahmen kann weiter gezogen, ihre Bestimmungen immer mehr den Erfordernissen der Freiheit und dem Wohl des Volkes angepaßt werden. Gutes erhalten, Veraltetes durch Besseres, durch Neues zu ersetzen, — so wollen wir die Verfassung feiern im Sinne Uhlands, des Verfassungskämpfers:

Schaffet fort am guten Werke
Mit Besonnenheit und Stärke!

Die eine, unteilbare Republik

Von Max Quarck, Frankfurt a. M.

Daß die fünfjährige Wiederkehr des Tages, an dem die Weimarer Verfassung erging, mit der Aussicht auf eine Zollvorlage begangen werden muß, die die notwendigsten Lebensmittel besteuert, während jede ernsthafte Besitzsteuer im Reiche fehlt — das sagt allein genug. Die Republik hat sich noch nicht als Schutz der Armen und Gedrückten bewährt. Sie hat auch den Achtstundentag und die Löhne nicht schützen können. Sie ist den Arbeitern, die doch immer noch ihre treuesten Freunde sind, beinahe alles auf wirtschaftlichem Gebiete schuldig geblieben. Soll man sich wundern, wenn sich die Arbeiter Mühe geben müssen, ihr mehr als gleichgültig gegenüberzustehen?

Aber die Verfassung ist doch immer nur der Ausdruck tatsächlicher Machtverhältnisse. Kein geschriebener und feierlichst verbrieft Buchstabe schützt davor, daß sich unter einer republikanischen Verfassung die Richtungen durchzusetzen suchen, die ihr entgegen sind.

In solcher Lage sind wir jetzt im Deutschen Reich. Es scheint fast, als seien die Wähler gegen die Weimarer Verfassung ihrem Erfolge nahe. In einem Prozeß vor dem erweiterten Schöffengericht in Frankfurt a. M. erhielt dieser Tage ein solcher Agitator niederster Sorte zwei Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist, d. h. mit der Aussicht, sie niemals absitzen zu müssen, als „Strafe“ dafür, daß er eine Fahne der Republik verbrannt hatte und die republikanischen Einrichtungen und Würdenträger herunterriß. Die ihm zur Last gelegte Äußerung, die Reichsverfassung stünke zum Himmel, erläuterte er dahin: das parlamentarische Regime in Deutschland sei ein Kadaver, der zum Himmel stünke. Und der „Türmer“, eine geistig höherstehende konservative Monatsschrift, schreibt ganz unzweideutig: „Bismarcks konstitutionelles Kaiserreich bleibt für uns der Grundsatz, die These. Wir leben jetzt mit der Republik in der Antithese, dem Gegensatz. Aufgabe ist, aus beiden zur Synthese, zum Ausgleich, zu gelangen. Ein Staat muß erstehen, zu dessen Majestät wir wieder empor-schauen dürfen.“ Will man's noch deutlicher haben?

Der Weg, auf dem es gelungen ist, diese Opposition stark zu machen, war derjenige gegen den Einheitsstaat. Man hat die Einzelstaaten aufgeputzt gegen das Reich. Man hat, wenn man's auch nicht wahr haben will, an den rückständigsten Partikularismus appelliert. Das bayerische Beispiel zeigt alle Züge dieser Agitation am vollständigsten. Das Reich ist in all den Affären, die mit dem Ausnahmezustand und dem Schutz der Republik zusammenhängen, glänzend unterlegen. Und soeben erfahren wir als Neuestes vom bayerischen Kriegsschauplatz gegen das Reich: der Innenminister

verkündet der Presse, daß eine staatliche Verfassungsfeier nicht stattfinden wird. Die bayerische Staatsregierung respektiere zwar die Reichsverfassung und werde sie gegebenenfalls auch schützen, aber sie habe keine Freude an ihr.

Da ist es heraus, was man nach der bayerischen Denkschrift zur Revision der Weimarer Verfassung eigentlich längst wissen mußte: der Kampf gegen die Republik wird auf dem Umwege über die Einzelstaaten geführt, und Bayern steht an der Spitze dieser Bewegung. Man lasse sich nicht täuschen dadurch, daß jene Revisionsbewegung anscheinend an die politische Konstruktion des Reiches nicht rührt. Sie geht „nur“ darauf aus, die gesamte Polizeihöhe für das Land zurückzugewinnen: die Fremdenpolizei, damit man Juden ausweisen kann, das Recht des Ausnahmezustandes, damit man ihn gut bayerisch ausschließlich gegen Sozialisten anwendet, einen eigenen höchsten Gerichtshof und bayerische Amnestie, damit sie die „nationalen“ Kampfverbände schützen. Außerdem aber will man nicht weniger als die gesamte Finanzverwaltung, Verkehrsverwaltung und die Kultuspflge (Schule und Kirche). Kurz, man will das Reich aushöhlen, um die Republik zu treffen und schließlich zu töten.

Dieser Absicht ist seitens der verfassungsfreundlichen Elemente die stärkste Betonung des Einheitsstaates entgegenzusetzen. Nicht des obrigkeitlichen Einheitsstaates aber, wie ihn viele preußische Genossen verstehen, sondern des in der Selbstverwaltung dezentralisierten, demokratischen Einheitsstaates. Es ist gemeint die Einheit, die Gewerkschaften und Genossenschaften brauchen, wenn sie prosperieren sollen. Also völlige Freizügigkeit, für Menschen und für Waren, völlige Rechtsgleichheit im öffentlichen, bürgerlichen und Arbeitsrecht, völlige Verkehrs- und Polizeieinheit im Gesamtstaate. Das wird der „Volksstaat“, den wir brauchen und hinter den sich dann auch die Masse stellt, weil sie Interesse an ihm hat. Lebensmittelzölle kann sie dann abwehren, die Verteilung der Reparationslasten nach gerechten Maßstäben beeinflussen, Löhne und Achtstundentag sichern, wie sie es eben durch Benutzung der Volksabstimmung versucht. Nur muß sich der Staat in solchen Hauptfragen rühren, er muß tätig sein, die republikanischen Mittel zugunsten sozialen Aufstiegs anwenden — das ist das Geheimnis, ihm die Gunst der Massen wiederzugeben und zu erhalten!

Die Befestigung und Weiterbildung größerer Einheitlichkeit des Reiches ergibt sich aus solcher Tendenz, nicht aus künstlichen Mitteln. Der vielgeschmähte § 18 der Weimarer Verfassung, der für ruhige und friedliche Zeiten eine Neueinteilung des Reiches nach zweckentsprechenden Selbstverwaltungsbezirken sichern soll, hat in den Händen des hannoverschen Partikularismus versagt. Kaum ein Viertel aller Stimmen brachte der Separatismus auf,

der dem bayerischen völlig gleichsteht. Drei Viertel der Stimmen waren für Verbleiben im preußischen Verbandsverbande. Die Bestimmung läßt sich also nicht für partikularistische Zwecke mißbrauchen. Wohl aber sollte sich Gesamtpreußen überlegen, ob es nicht endlich den großen Schritt tun will, Reichsland zu werden. Mit einem Schlage fiele die Duplizität der Reichs- und preußischen Behörden und Gesetzgebungen fort, alle Reibereien hätten ein Ende. Die süddeutschen Reichsgegner, Bayern an der Spitze, wären glatt aufs Trockne gesetzt durch das Verschwinden der größten norddeutschen Partikularmacht — sie hätten den Popanz, den sie so nötig brauchen, nicht mehr, und dafür wirkte das große Beispiel! Daß sich Thüringen und andere Mittelstaaten anschließen, wäre nur noch eine Frage der Zeit. Wann findet endlich eine beispiellos harte Epoche das große Geschlecht, das seine Aufgaben begreift und danach handelt? Und das dann auf die Ausbildung der Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz alle die wertvollen Kräfte vereinigt und konzentriert, die sich jetzt schädlich im Partikularismus austoben?

An mehr oder weniger deutlichen Ansätzen zu solcher Entwicklung fehlt es nicht ganz. Besonders deutlich tritt in der katholischen Welt die Erkenntnis zutage, daß die partikularistischen Reichsgegner, wenn sie sich zugleich als Großdeutsche im Sinne Bismarcks gebärden, die schlimmsten Feinde jeder organisch sich entwickelnden Reichseinheit sind. Im „Hochland“ schreibt über „Echtes und falsches Großdeutschtum“ sehr beherzigenswert Joseph Räuscher: „Wir müssen die kulturelle großdeutsche Arbeit gründen auf unser Recht, eine Nation zu werden; und für dieses Bestreben sind die jetzigen lautesten Wortführer großdeutscher Pläne nur gefährlich. Denn ihre Namen und ihre Schlagworte müssen vor Europa die Verleumdung bestätigen, daß Großdeutschland der neue Krieg wäre. Wie man die Sache auch wenden mag: immer zeigt es sich, daß die geduldige kulturelle Verständigungsarbeit, die einzige, die einen großdeutschen Sinn hat, durch die erwähnten Kreise nicht geleistet, sondern gefährdet wird. Deutschland hat das Unglück, inmitten der sonst vollendeten nationalstaatlichen Entwicklung Europas das einzige Volk zu sein, das noch immer erst auf dem Wege zur Nation ist.“ Das stellt eine gute Kennzeichnung der Ludendorff und Genossen dar! Und es ist sicher eine zukunftsfröhlichere und verdienstlichere Handlung, den arbeitenden Massen zum 5. Jahrestag des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung durch die Betonung der Aufgaben, die ein einheitliches Reich für sie noch zu erfüllen hat, zu kampffähigen und bewußten Reichsbürgern mit starkem Verantwortungsgefühl zu erziehen.

Der freudlose Föderalismus

Von Rechtsanwalt Alwin Saenger, M. d. R.

Die Regierung des königlichen Freistaates Bayern hat in geziemender Weise, deutsch und mutig, ihre Reichstreue abermals betätigt. Besagte Regierung hat sich für verpflichtet gehalten, als einzige deutsche Landesregierung gegen Verfassungsfeiern Stellung zu nehmen; besagte Regierung erkennt zwar — Hut ab! — die Reichsverfassung an, ja — Respekt! — will sie sogar schützen, aber — sie hat eben keine Freude an dieser Verfassung, denn sie, d. i. die Verfassung der Republik, sei reformbedürftig; und dann dürfe man in dieser ersten Zeit nicht so viel Feste feiern.

Glückliches Bayern, das du so viel heiße Liebe zu unserem Deutschland mit solch tatenfrohem und willensstarkem Föderalismus zu verbinden verstehst! Und Dank vor allem, daß deine deutsche Regierung für diese Proklamation der Freudlosigkeit den Augenblick gewählt hat, in dem die bittere Not des deutschen Daseins geschlossenste Einheit der Nation verlangt. Dieser Föderalismus folgt wahrlich den Gesetzen der Wohlstandigkeit und geläuterten Edelsinns; er sucht sich für seine Taten mit konsequentem Mut den Augenblick heraus, in dem seine Gegner um das nackte Leben heroische Kämpfe führten. Dann erhebt er sich hinter den Biertischen mit der erbärmlichen Geste eines verletzten deutschen Gewissens, preist sich dem Kontinent und der ganzen Welt als Restaurationskünstler des geschwundenen deutschen Ansehens an, bereitet in der königlichen Haupt- und Residenzstadt München die Befreiung der deutschen Seele von der republikanischen Schande vor, redet Stunden, Monate, Jahre zwischen Weißwurst und Märzenbier bürokratisch aufgeblähte Phrasen über stille Pflichten einer deutschen Seele, feiert gegen das Reich mit dummdreister Verantwortunglosigkeit seit 54 Monaten jeden Sonn- und Feiertag Paraden mit Bum-Bum und pomadisierten Ordenseitelkeit, feiert so lange, bis selbst die eine oder andere weiß-blaue, bürgerliche Gazette das Wort vom „Gift des Bramarbasierens“ schreibt. Dieser Föderalismus schreiet mit seinem breiten Maul zu weltgeschichtlichem Geschehen aus und das Ende sind doch nur Lausbubengeschichten; er verhandelt zwar durch den christlichen Staatsmann und den doppelten Treuhänder des Rupertus Rex und des souveränen Volkes, Herrn Dr. von Kahr, mit dem Herrn Karfunkelstein aus dem östlichen Lande über tschechische Kohlenlieferungen, wenn im Verlaufe bajuvarischer Weltpolitik der königliche Freistaat Bayern, seiner deutschen Mission getreu, sich von der Judenrepublik trennen sollte, aber er wendet sich natürlich auch an die Judenrepublik, wenn er — Geld und sonstige Hilfe braucht.

Dieser Föderalismus hat einst das Werk Bismarcks dreimal verflucht; er ließ das Kaiserreich und seine Verfassung durch die Führer der schwarzen Patriotenpartei als das nationale Unglück Bayerns verdammten. Bei den Münchener Landtagsverhandlungen über Annahme oder Ablehnung der Versailler Verträge im Januar 1871 rief ein solcher Patriot aus, „daß es deutsche Gesinnung gebiete, festzuhalten an unserem bayerischen selbständigen König und die Verträge abzulehnen“. Der Abg. Dr. Pfahler redete am 20. Januar 1871 in der Kammer: „Ich bitte und beschwöre Sie, helfen Sie, daß Bayern jetzt keine preußische Provinz werde“... Ein anderer prophezeite als die Folgen des Versailler Vertrages vom November 1870 für das bayerische Volk das „Grab seiner Freiheit, seines Familienglückes und seines Nationalwohlstandes“. Der erste Führer der Patriotenpartei, der politischen Vorgängerin der bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Jörg, betrachtete die Annahme des Vertrages durch Bayern als die „bayerische Kapitulation von Sedan“. —

Heute sind wir getröstet, denn die vollkommene Wiedererstellung dieser „bayerischen Kapitulation“, dieses „Machwerkes“ Otto v. Bismarcks, ist nunmehr der heiße Wunsch des weiß-blauen Partikularismus. Solche Analogien föderalistischer Tapferkeit gibt es ja einige Dutzend.

Der Abschied von den Raupenhelmen wurde beweint, der preußischen Pickelhaube und den preußischen grauen Offiziersmänteln wurde südlich der Donau der Krieg angesagt; aber man ließ sich doch verpreußen und im Fürstensalon des Münchener Hauptbahnhofs verfrühstückten Prinzregent und Wilhelm die ganze bayerische militärische Gerichtshoheit anno 1898.

Als Ludwig II. mit seinem Zehnbund im königlichen Bett zu Hohenschwangau lag, spielte er dem Abgesandten Bismarcks gegenüber den wilden Mann, aber er schluckte dann doch alles. Sein königlicher Vetter, der in den Novembertagen 1918 von seinen Getreuen so treu verlassene dritte Ludwig, begehrte vor Jahren dreißig in Moskau gar heftig auf, als man das Wort Vasallen über die deutschen Fürsten sprach; aber einige Wochen später betete er vor dem preußischen Imperator zu Kiel doch brav sein pater, peccavi.

Der „berechtigten“ bayerischen Eigenart hatte man in zarter Rücksicht den Vorsitz des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im kaiserlichen Bundesrat vorbehalten. Hat je einer der tapferen Föderalisten den Mut gefunden, an dieser berufenen Stelle gegen die verderbliche, zentralistische Politik Wilhelms II. anzukämpfen? Der Mut stellte sich erst wieder ein, als die Söhne des einen Volkes im Schützengraben für das eine Vaterland starben. Da, am 19. Juli 1917, in der Schicksalsstunde der ganzen Nation, fand der bayerische Rupprecht die Gelegenheit günstig, dem Grafen Hertling seine Verfassungsreformen im Interesse seiner Dynastie brieflich vorzutragen: „Die Reichsverfassung wird zweifellos eine teilweise Umgestaltung erfahren müssen, eine solche Umgestaltung darf aber nicht im parlamentarisch-republikanischen Sinne erfolgen, sondern sollte eher in dem Sinne vor sich gehen, daß die Autorität der Einzelstaaten eine Hebung erfährt und die Reichsverfassung mehr der Form eines Staatenbundes als eines Bundesstaates angenähert wird.“ Welche Größe des politischen Charakters dem genialen Zerstörer des deutschen Ansehens, dem hohenzollernschen freundwilligen Vetter Wilhelm gegenüber zu schweigen und dann die Todesnot eines Volkes zu Vorschlägen zu nutzen, die im September 1920 auch der Pariser „Temps“ empfahl. — Man muß es dieser „Stammesart“ zubilligen, daß sie ihre Linie wahrte.

Die französischen und englischen Staatsbudgets der Jahrhunderte können manch Episode aus der Subsidiolenpolitik des Hauses Wittelsbach erzählen, die Vermählung der Tochter des deutschen Fürsten Max Joseph I. von Bayern, französischer Oberst a. D., mit dem „Erbfeinde“ Prinz Eugen ist ein artiges Kapitel weiß-blauer Reichsgesinnung, dem sich würdig der erbärmliche Landesverrat Max II. im Jahre 1848 anschloß. Dieser würdige König von Gottes Gnaden fand es angezeigt, gegen die deutsche Kaiseridee mit Hilfe Frankreichs zu intrigieren!

Nach solch erlauchten föderalistischen Vorbildern braucht man sich über das Treiben der Epigonen nicht zu wundern. Sie, die das Wort von der Reichstreue bei jeder Gelegenheit als Mandatäre der allein echten und rechten „Gesinnung“ mit luftgeblähten Kehlen nach wilhelminischer Art an den Mann bringen, haben in den letzten Jahren Felonie auf Felonie begangen. Es kam so weit, daß das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, daran erinnern mußte, daß der wahrhaft national Gesinnte in dieser Zeit seine Forderungen im Interesse der Einheit zurückstellen müsse; ja

selbst deutschnationale Blätter, die in der geschwundenen Ordnungszelle das Paradies ihrer Wünsche sahen, wie die „Tägliche Rundschau“, riefen den Strategen des Föderalismus ein „Nun endlich Schluß!“ zu.

In den Stunden um Sein oder Nichtsein im Herbst 1920 erließ die herrschende bayerische Volkspartei ein Programm zu Bamberg, das nach der Meinung eines deutschnationalen Führers in seinen letzten Folgerungen bis zur Vielstaaterei des westfälischen Friedens zurückführt. Es ist eben die Konsequenz jenes Satzes des gegenwärtigen bayerischen Ministerpräsidenten Held, „daß man sich nicht an das Reich binden könne in einem Augenblick, wo man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß das Reich auseinanderfalle“. Das wurde im Oktober 1918 gesprochen! An plumpen Drohungen einer „Reichstreue“ mit Bedingungen hat es weiterhin nicht gefehlt. Eben Herr Dr. Held stellte im Februar 1923 auf der oberbayerischen Kreisversammlung seiner Partei für die Treue zum Reich die Bedingung auf, daß keine Außenpolitik im Sinne der Sozialisten getrieben werden dürfe. Und das alles ist noch das Harmlosere, wenn man sich erinnert, daß Herr Dr. Heim am 1. Dezember 1918 im „Bayerischen Kurier“ zum Anschluß Bayerns an Oesterreich, also zum Verrat aufforderte. Durch den Pressechef Wilsons, Baker, erfuhren wir im März 1923, daß der gleiche Dr. Heim dem General Destiker, dem Beauftragten Fochs, den Vorschlag machte, die größeren Staaten des Reichs von Deutschland zu trennen und mit Oesterreich einen Bund unter dem Protektorat der Entente zu bilden!

Niemals in den letzten Jahren haben die föderalistischen Herren auch nur einmal ein Treubekenntnis zum Reich mit der warmen Ueberzeugung abgelegt, wie es in Württemberg und Baden eine Selbstverständlichkeit war und ist. Nein, bayerische Minister haben derartig frivol in geistiger Beschränktheit gegen das Reich geschimpft, daß ihre Redereien offiziell als „tendenziöse Verleumdungen“ charakterisiert werden mußten. Wie ist in der Ordnungszelle gegen den „Raub“ der Finanz- und Steuerhoheit, der Verkehrshoheit mit partikularistischen Tiraden losgegangen worden; die Schreier selbst aber haben vor Jahren alle Verträge abgeschlossen und ihnen zugestimmt. Jetzt darf Herr Poincaré sich zur Durchführung seiner Pläne auf die Treibereien der Herren Großmogule am Isarstrand berufen! —

Sigmund von Riesler hat in seinem Werk „Das glücklichste Jahrhundert bayerischer Geschichte“ dargelegt, wie ein Kampf gegen das Reich Bayern stets zum Nachteil gereichte. Denkt man an den planmäßigen und bewußten Bruch der Reichsverfassung, den der königliche Freistaat schon am 24. Juli 1922 mit der Außerkraftsetzung der Republikgesetze leistete, denkt man an das welthistorische Beginnen des typischen föderalistischen Bajuvaren Dr. v. Kahr, durch die Staatsmacht Bayern und den vom Reiche wegen Meineides steckbrieflich verfolgten Ehrhardt die Republik aus den Angeln zu heben, denkt man an all dies uferlose Gerede, dies Schimpfen und Verdächtigen, dies Herabsetzen, diese schmachvollen Rechtsbrüche, dieses lächerliche Sich-besser-dünken, diese ganze innere Unwahrhaftigkeit, dies Maulheldentum der „Tatföderalisten“ in diesen Jahren des Kampfes wider die republikanische Reichsgewalt und Reichseinheit und überschaut dann als Erfolg ein Bayern, über das Gesamtdeutschland und Europa ins befreiende Lachen kamen, so kann man beruhigt in die Zukunft schauen. Es gibt ja doch in der Politik und der Geschichte eines großen Volkes ein Gesetz, das letzten Endes ihm zu seinen Lebensnotwendigkeiten verhilft und die freudlosen Kläffer zur Seite schiebt, das Gesetz wahrhaftiger Vernunft.

Die Jugend zum Verfassungstag

Von E. Ollenhauer

Zwischen der vorwärtsstrebenden sozialistischen und demokratischen Jugend und der Republik kam nicht von vornherein ein herzliches Verhältnis zustande. Das lag zweifellos an den unglücklichen Zuständen, unter denen die Republik ins Leben trat. Mit himmelstürmender Begeisterung für das Neue war in jenen Novembertagen nichts anzufangen; es kam auf tapferes, ausdauerndes Wirken an. Und so blieb es ja bis heute. Der Kampf um die Existenz stand stets im Vordergrund, nicht einmal so weit hat sich der idealistische Schwung der Republikaner entfalten können, daß sie es fertig brachten, den Tag der Republik würdig zu feiern.

So war der direkte und beste Weg zum Herzen der Jungen verschlossen, und man mußte den umständlicheren und auch unjugendlicheren Weg über die Vernunft nehmen. Darum schrieb und redete man und legte der Jugend dar, daß es vernünftig sei, die Republik zu bejahen und zu ihr zu stehen. So ist z. B. die sozialistische Jugend zur Republik gekommen, jene Jugend, die der alte Staat schikanierte und für die der neue bisher nicht mehr tat, als die Selbstverständlichkeit der politischen Gleichberechtigung auch ihr gegenüber anzuerkennen. Wenn bei ihr jetzt trotzdem so starke Sympathien bestehen, dann aus der Ueberlegung, daß unserer Republik in ihrer schweren Not nur zu helfen ist, wenn man zunächst mehr gibt, als man zurückerhält.

Diese Einsicht entspricht in der Regel nicht dem jugendlichen Empfinden. Die Jugend will rasch voranschreiten, einem letzten Ziel zu, will Erfolge sehen ohne langes Mühen um die Sicherung lebensnotwendiger Voraussetzungen. Daraus erklärt sich, daß so viele der Jungen in den extremen Lagern links und rechts stehen. Sie sind in der Masse nicht schlechter und nicht besser, als die republikanische Jugend, aber bei ihnen regiert das Gefühl, ungezügelt durch die Vernunft. Romantik, Schwärmerei und Abenteuerlust sind die guten Bundesgenossen des Adolf Hitler und des Werner Scholem. Ihre von jeder Sorge um das gegenwärtige Schicksal unseres Landes befreite Politik liegen dem jungen Menschen näher, als etwa die Erfüllungspolitik der Weimarer Koalition.

Die Radikalen gehen ja auch mit Geschick auf diese besondere Veranlagung der Jugend ein. Ob die völkischen Hundertschaften unter der Hakenkreuzfahne das Ehrhardt-Lied singen oder ob die kommunistische Jugend von ihren Geländeübungen mit dem Lied „Dem Karl Liebnecht haben wir's geschworen...“, gesungen nach der Melodie „Dem Kaiser Wilhelm haben wir's geschworen“ heimziehen, ist im Grunde dasselbe. Die Jugend wird bei ihrer Romantik gepackt, und die Tendenz ist sehr oft nur äußere Umkleidung, nicht Ueberzeugungssache.

Wollen die Republikaner die breite Masse der Jugend, dann müssen sie die psychologische Eigenart der Jugend mehr als bisher beachten. Gewiß, wir können uns die Hemmungslosigkeiten der Opposition nicht leisten, aber wir brauchen deshalb noch lange nicht überhaupt nichts zu tun. Welche Möglichkeiten bestehen, zeigt das geschickte Vorgehen des „Reichsbanners“. Man sehe sich die Kameradschaften einmal daraufhin an, wieviel junge Menschen dort mit Leib und Seele der Republik dienen, die auf dem Weg über die politische Tagesarbeit nicht oder doch nur schwer gewonnen worden wären. Man fahre fort, Republikanische Tage zu veranstalten und lasse sich davon auch nicht durch Bedenken in der Art der bayerischen Verfassungsfeiersabotage abhalten. Der Reichstag der Republik schwinde sich aber endlich dazu auf, den

Verfassungstag zum gesetzlichen Feiertag zu erheben. Er kann ein Symbol werden, besonders wenn künftige Reichsregierungen sich noch darum bemühen, diesen Tag zu einem wirklichen Feiertag für die Republikaner auszugestalten.

Damit können auch Indifferente gewonnen und andere aus dem Lager der Extreme hinübergeleitet werden in die republikanische Armee. Die Jugend, die aus Ueberlegung und Einsicht bereits jetzt fest zur Republik steht, verlangt mehr. Sie erwartet, daß der republikanische Staat auch im republikanischen Geist geführt wird. Sie weiß, daß nicht alle republikanischen und sozialen Reformen in der Gegenwart durchgeführt werden können, aber sie ist der Meinung, daß Provokationen der Republikaner durch Reichsminister unmöglich gemacht werden müssen. Die republikanischen Parteien müssen alles tun, um das weitere Uebergleiten der Staatsgewalt in die Hände der Feinde der Republik zu verhüten. Das gilt von der sozialistischen Jugend insofern, als sie es nicht verstehen würde, wenn die Sozialdemokratie in die Opposition ginge, ohne vorher nicht alles versucht zu haben, mit den republikanischen Mittelparteien ein Kabinett zu bilden. Das gilt aber auch für die demokratische und die Zentrumsjugend, die der Bürgerblocksehnst bestimmter Kreise ihrer Parteien mit unverhohlener Ablehnung gegenüberstehen. Sie wollen ihre republikanische Gesinnung nicht länger als Handelsobjekt gewertet wissen. Sie wollen eine klare, demokratische und republikanische Politik sehen, damit endlich die Bahn frei wird zu fruchtbringender Aufbauarbeit.

Die Entscheidung über die weitere politische Entwicklung dürfte bereits in den nächsten Wochen fallen. Sie liegt bei den beiden bürgerlichen Mittelparteien. Mögen sie daran denken, daß sie im Fall einer Bürgerblockregierung nicht nur der Republik in den Rücken fallen, sondern daß sie dann auch das Vertrauen der republikanischen Jugend einbüßen, die der Meinung ist, daß in einer wahren demokratischen Republik die Politik nur von ehrlichen und aufrichtigen Republikanern und nicht von politischen Geschäftemachern geleitet werden kann.

Deutschland und Rußland

Von * * *

Der deutsch-russische Zwischenfall mit der russischen Handelsvertretung in der Lindenstraße, in die am 3. Mai ein deutscher Kommunist sich geflüchtet hatte und in der daraufhin von der Berliner Polizei eine „Haussuchung“ abgehalten wurde, ist endlich nach drei langen Monaten beigelegt. Das darüber veröffentlichte Protokoll hat in der deutschen Presse ziemlich aller Schattierungen, auch der sozialdemokratischen, eine nur sehr mäßige Zensur, in den meisten Fällen sogar eine ziemlich scharfe Kritik erfahren. Zuzugeben ist, daß es sich vom deutschen Standpunkt nicht gerade erhehend liest. Das Auswärtige Amt erklärt in diesem Protokoll, daß das Vorgehen der Berliner Polizeibehörde gegen die Handelsvertretung eine eigenmächtige Aktion darstelle und außer diesem für die Regierungspraxis des Deutschen Reichs sehr wenig schmeichelhaften Zugeständnis wird noch feierlich festgestellt, daß das Entweichen des verhafteten Kommunisten keinen Grund für die von der Polizei veranlaßte Aktion bieten konnte. Außerdem wird von der deutschen Regierung die Amtsenthebung des Polizeichefs, der für dies

Unternehmen der Polizei verantwortlich ist, und eine entgegenkommende Entschädigung für den entstandenen Materialschaten zugesagt, das Bedauern nochmals ausgesprochen und die Bestrafung schuldiger Beamten in Aussicht gestellt. Man sieht, ein ziemlich umfangreiches Sündenbekenntnis, dem russischerseits so gut wie gar nichts entspricht. Denn die Zusage, daß die der russischen Handelsvertretung zugeteilten Beamten und Angestellten gemäß einem von ihrer Regierung erteilten Verbot, sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands einmischen dürfen, ist eine Selbstverständlichkeit, die für jeden Auslandsbeamten gilt, und im übrigen wird auch dieses Verbot für die deutschen Angestellten auf ihre dienstliche Tätigkeit beschränkt.

Diesen erheblichen russischen Konzessionen gegenüber will es wenig besagen, daß Rußland mit seinen Forderungen nicht völlig durchgedrungen ist, Forderungen, die zum Teil völlig unvertretbar waren oder doch nur als Maximalforderungen gedacht und als solche gestellt waren. Selbstverständlich war es unmöglich, der gesamten Handelsvertretung mit ihrem vielhundertköpfigen Beamtenpersonal das Recht der Unverletzlichkeit und Befreiung gegenüber deutschen Hoheitsrechten (Exterritorialität) zu gewähren. Daran konnte im Ernst gar nicht gedacht werden. Das hätte bei dem Versuch der Durchführung den ganzen Komplex der Privilegien der fremden Vertreter auf eine unmögliche Basis gebracht. Immerhin haben die Russen aber durchgesetzt, daß 15—20 Mitglieder der Handelsvertretung exterritorial bleiben, und daß für sie aus den Räumen der Handelsvertretung ein besonders international gesicherter Teil mit besonderem Straßeneingang herausgenommen wird. Wie sich diese Strategie in der Praxis bewähren wird, mag dahingestellt bleiben. Hoffentlich entwickeln sich daraus nicht neue Schwierigkeiten; man wird aber wohl sagen müssen, daß diese Exterritorials auch noch eine ganz gehörige Anzahl von Räumen und Büros beanspruchen werden, so daß in der Praxis wohl alles beim alten bleiben wird.

Aber trotz dieser unerfreulichen Details im einzelnen, und obwohl dieser ganze Streit letzten Endes ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen, ist der Abschluß des erwähnten Protokolls und die Beendigung dieser merkwürdigen deutsch-russischen Krise auf das aufrichtigste zu begrüßen und nur zu wünschen, daß an Fällen analoger Art nicht erst monatelang herumkuriert wird, sondern daß derartige kranke Stellen mit schnellem Entschluß auf einmal herausgeschnitten werden. Warum das nicht geschehen ist, soll hier nicht untersucht werden, sicherlich lag die Schuld nicht allein an Deutschland, sondern ebenso an Rußland, das dem Zwischenfall durch die Abreise seines Botschafters seinen lokalen Charakter nahm, anstatt sofort zu erklären, daß ein solches Vorkommnis, so bedauerlich es auch sein möge, doch nicht imstande sei, die guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Nationen zu trüben. Aber die auch in diesem Fall so leidige Schuldfrage soll im Augenblick der glücklichen Beendigung der Differenz nicht mehr erörtert werden. Das Unmögliche und Unhaltbare an der ganzen Situation war die unbestreitbare Tatsache, daß durch diesen Streit sich die gesamten politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland auf diesen einen Punkt konzentrierten, jede Fortentwicklung einer wirtschaftlichen und politischen Annäherung unmöglich wurde, so daß

sich aus dieser Affäre schließlich die bedenklichsten politischen Konsequenzen ergeben konnten. Beide Länder brauchen feste und gesicherte Beziehungen zueinander. Deutschland hatte das allergrößte Interesse daran, in den Augenblicken der Verhandlungen und Beratungen über das Dawes-Gutachten alle anderen Schwierigkeiten beseitigt zu sehen, um seine ganze Aufmerksamkeit diesem Lebensproblem zuwenden zu können. Rußland mußte ebenso daran liegen, den Zwischenfall aus der Welt geschafft zu sehen, da die Beurteilung der Vorkommnisse in der Berliner Handelsvertretung unmöglich dazu dienen konnten, die Installierung ähnlicher Organisationen in anderen Ländern und die Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen und damit Verstärkung seiner politischen Stellung zu erleichtern. Außer jedem Verhältnis zu den großen politischen Momenten stand der ganze Streit, und darum ganz gleich, ob bei seiner Erledigung die Gewichte sich mehr nach der einen oder der anderen Seite neigen, war seine Beendigung eine Notwendigkeit, an der, da sie geglückt ist, nicht durch Kritik der Einzelheiten herumgörgelt werden sollte.

Werden damit aber nun die deutsch-russischen Beziehungen wieder auf eine völlig glatte Bahn gestellt, und ist, um es anders auszudrücken, kein Sprung mehr im Glase zurückgeblieben? Wir hoffen es und sind sicher, daß von deutscher Seite alles getan wird, um den Zwischenfall als Episode erscheinen zu lassen, von der binnen kurzem keine Nachwirkungen mehr spürbar sind. Wir hoffen das gleiche von Rußland. Eins ist aber dazu nötig, was hier in der „Glocke“ ein paar Tage nach Besprechung des Zwischenfalls gesagt wurde: Rußland muß darauf verzichten, unser Glück durch Einführung des Kommunismus nach russischem Muster erzwingen zu wollen, Rußland muß es uns überlassen, so wie wir es ihm, unser eigenes politisches und wirtschaftliches Geschick zu formen, wie es das deutsche Volk auf Grund seiner Geschichte, seiner wirtschaftlichen Grundlage und seinen politischen Anschauungen für richtig hält. In Deutschland ist man der richtigen Ansicht, daß die Einführung des Kommunismus den Untergang des Reiches und die Vernichtung unseres Volkes bedeuten würde. Diesen Preis können wir und wollen wir nicht zahlen. Auch nicht um der besten russischen Beziehungen willen. Sie würden uns nichts mehr nützen, da eine Außenpolitik zwecklos ist, wenn der Träger dieser Politik Volk und Staat in seiner Existenz bedroht oder unentrinnbarer Zerstörung preisgegeben ist.

Wir erkennen unbedingt an, daß eine große Partei, eine große Organisation ohne Disziplin nicht bestehen kann und nicht bestehen darf. Aber wir sind der Auffassung, daß gegenüber der Pflicht zur Disziplin auch die Pflicht besteht, diese Disziplin vernünftig auszuüben, und daß es Umstände gibt, in denen der Disziplinbruch zur Pflicht wird.

Das oberste Gesetz, unter dem wir alle stehen, ist, alles tun, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zur politischen Macht fördert, und alles unterlassen, was die Arbeiterklasse in diesem Aufstieg hemmt...

Ludwig Frank.

Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus

Eine Besprechung

Von Dr. Emil Wenck

Von E. Varga liegt eine neue Broschüre: „Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus“ vor. Was an der Schrift dieses auf Bewährungsfrist gesetzten Kommunisten jedem Sozialisten, in welchem Lager er auch stehen mag, sympathisch und anregend erscheinen muß, ist der Versuch, die Phasen und Tendenzen der kapitalistischen Gesamtentwicklung aufzuzeigen. Besonders meinen Genossen von der S.P.D. muß diese Behauptungsweise von Anregung sein, da sie bei der engen Verbundenheit mit den nahe- und nächstliegenden wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen entwöhnt sind, auf die Gesamtlinie weltwirtschaftlichen Werdens zu blicken. Die Schlüsse, die Varga aus seinen Betrachtungen für die Aussichten der proletarischen Bewegung zieht, sind — zwar ihrem Inhalte nach höchst problematisch — doch in ihrer Tendenz begrüßenswert, weil sie aus der Deutung der Gesamtkonstellation Maximen entnehmen, nicht nur für die Art und Weise der Propaganda, sondern auch für die Methoden und Mittel zur Weitertragung der sozialistischen Bewegung innerhalb der Wirtschaft.

In der kapitalistischen Weltwirtschaft der Vorkriegszeit sieht Varga einheitliche Bewegungslinien von Konjunktur und Krise. War auch das Gleichgewicht ein labiles, so konnte es sich doch erhalten, was durch die Tatsache der Stabilität der Valuten bewiesen wird. Gegen die fallende Tendenz der Profitrate suchte der Trust anzugehen, indem er den Profit des Handelskapitals beschnitt und seine eigene Profitrate durch monopolistische Festsetzung der Preise sicherte. Die Organisationen des Proletariats der Kolonialmächte erzwangen vom Kapital einen kleinen Anteil aus den in den Kolonien zusammengerafften, überdurchschnittlichen Profiten. Das Kapital des hochentwickelten kapitalistischen Landes war, um die Profitrate zu erhöhen, gezwungen, sich immer größere Kolonialgebiete zu unterwerfen. (Varga sieht nicht, wie Rosa Luxemburg, die kapitalistische Kolonialexpansion in der Unmöglichkeit anderweitiger Akkumulation begründet, sondern in dem Streben nach Erhöhung der Profitrate, die in den Industrieländern bereits durch die mit der technischen Entwicklung erweiterten organischen Zusammensetzung des Kapitals herabsinkt.)

Der Weltkrieg reduzierte die imperialistischen Weltmächte auf vier — England, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Japan —, die sich nun vor die Neuaufteilung der Welt gestellt sahen. Varga selbst zeigt, daß die ökonomischen Folgen des Krieges, welche sich unmittelbar in einem Auseinanderfallen der Welt im Gebiet relativer Ueberproduktion und absoluter Unterproduktion gezeigt haben, durch die immanenten Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft in den letzten sechs Jahren teilweise überwunden wurden, wobei allerdings bis heute auf den Kapital- und Kreditmärkten ein Mißverhältnis bestehen blieb. Und er gibt auch zu, daß die akute soziale Krisis des Kapitalismus, die instinktive, unorganisierte Rebellion nach dem Kriegszusammenbruch, heute überwunden ist. Aber er meint, die Periode seit Kriegsende zeige deutlich, daß die Krise, die der kurzen spekulativen Nachkriegskonjunktur folgte, keine gewöhnliche Krise innerhalb des normalen Kapitalismus, sondern der Beginn einer Krisenperiode des Kapitalismus sei. Die hauptsächlichsten Symptome dieser Niedergangsperiode sieht Varga in dem uneinheitlichen Gang der Konjunktur als sicherem Zeichen für das Fehlen einer einheitlichen kapitalistischen Weltwirtschaft, in der Agrarkrise und der damit verbundenen gewaltigen

Lähmung der Kaufkraft für Industrieprodukte, und endlich in dem allgemeinen Autarkiestreben, das den Abbau der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung bewirkt. Dieser völligen Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse stehe die Wirtschaftspolitik gänzlich hilflos gegenüber. Keines der großen wirtschaftspolitischen Probleme sei der Lösung irgendwie näher gebracht.

In dieser Situation des Absinkens des Kapitalismus und in seiner wirtschaftspolitischen Steuerlosigkeit sieht Varga für Europa gute Erfolgsmöglichkeiten der Revolution. Allerdings gäbe es überhaupt keine ökonomische Situation, die von sich aus einen Sieg des Proletariats ohne Kämpfe garantiere. Eine absolut aussichtslose Situation — und hier wird Lenin zitiert — gäbe es in der Bourgeoisie nicht. Nur der zähe Kampf des Proletariats um die Verbesserung seiner Lage innerhalb des Kapitalismus sei der Faktor ersten Ranges, um die Ueberwindung dieser nach der Varga-Diagnose latenten Krise zu verhindern, bei der das einzig Ständige das Unsichere, das Chaotische sei.

Aber Vargas Darlegungen der wichtigsten Anzeichen des Niedergangs des Kapitalismus lassen Zweifel auf Zweifel wachsen. Sind diese Anzeichen nicht typisch für eine durch den Krieg gestörte und völlig veränderte Weltwirtschaft? Hat denn nicht die Konjunktur bereits im vorigen Jahre einen einheitlichen Gang eingeschlagen? Daß die Weltproduktion zurückgegangen ist — aber bei Kohle und Eisen die Vorkriegshöhe, wenn auch bei starken Produktionsverschiebungen, fast wieder erreicht hat —, ist doch noch immer Nachwirkung der Wertzerstörungen des Krieges. Daß die Akkumulation von Kapital, parallel mit der Akkumulation von Reichtum als Ausfluß einer allgemeinen Erhöhung des Lebensniveaus aller Klassen in den außereuropäischen kapitalistischen Gebieten zugenommen, die Akkumulation von Kapital in den europäischen Ländern dagegen infolge „des durch Konzentration und Inflation verursachten Uebergangs von Vermögen nichtkapitalistischer Schichten in den Besitz der Kapitalisten“ stattgefunden hat, besagt nichts für den Niedergang, dagegen sehr viel für die Verlagerung der kapitalistischen Stützpunkte und damit auch Wesentliches vielleicht — dies müßten aber eingehende Untersuchungen zeigen — für den Uebergang des Kapitalismus in eine neue Phase. An diesen Umwandlungsfaktoren liegt es auch, wenn die europäisch-amerikanisch-japanische kapitalistische Konjunkturpendelschwingung noch kein Gleichmaß erreicht hat. Auch der isolierte amerikanische Konjunkturniedergang dieses Frühjahrs hilft nicht zur Stützung der Vargaschen These. Es ist eine wichtige Streitfrage, ob die Krise für Amerika hereinbricht. Dabei muß sehr beachtet werden, daß das amerikanische Kapital während der Zeit der abflauenden Konjunktur den Versuch der Auftragsbeschränkung machte, und andererseits das Finanzkapital durch die zweimalige Herabsetzung des Diskonts in den letzten Wochen versuchte, einen Konjunkturumschwung einzuleiten. Die Wirkung zeigt sich bereits in einer Belebung des Effektenmarktes. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte wird als günstiges Vorzeichen gewertet. Auch die Agrarkrise ist durch die verschlechterte Ernte im Abklingen, wenn auch — und darin ist Varga zuzustimmen — durch die zunehmende Vertrustung die Preise der Industrieprodukte monopolistisch gefesselt werden. Und diese Trustentwicklung schreitet fort. Die Vereisung, die Ausschließung der Wirtschaftszufälligkeit nimmt zu. Der Kapitalismus gerinnt, wenn auch dadurch der furchtbarste Konkurrenzkampf hochgeladener Elemente noch nicht ausgeschlossen ist. Demgegenüber scheint auch die Balkanisierung Europas, die eine weitere Aufhebung der wirtschaftlichen Arbeitsteilung herbeiführt, nicht von Belang, zumal sie von Frankreich dazu benutzt wird, konzentrierte Wirtschaftszusammenhänge durch ein bereits weit ausgebautes Vertragssystem zu erreichen.

Noch weniger überzeugend wirken die Darlegungen zum Reparationsproblem und zum Sachverständigengutachten. Sie reizen kaum zum Widerspruch. Hier hätte man mehr erwarten dürfen. Die ökonomischen Wirkungen des Sachverständigengutachtens auf die deutsche Wirtschaft, die Rückwirkungen auf die Wirtschaft der anderen Länder sind kaum angedeutet. Daher mutet Vargas Kritik an Hilferdings Darlegungen über die Ueberwindung der ökonomischen Nachkriegskrise in der „Gesellschaft“, daß es „keine eigentliche Beweisführung für seine Auffassung gebe“, wie eine Art Selbstkritik an. Richtig ist sicher, daß die S.P.D. ihre Anschauungen häufig mit wenig durchgearbeitetem Material stützt. Der Sozialismus in Deutschland hat nichts so notwendig, als sich über den Entwicklungsgang des Kapitalismus in Deutschland wie in der Welt zu unterrichten. Die politischen Positionen, die nach der Revolution der Sozialdemokratie zugefallen sind (und vielleicht noch zufallen werden), sind nicht durch die Erkenntnis der ökonomischen Situation erkämpft worden. Die wirtschaftliche Entwicklung ist von der Sozialdemokratie nicht entscheidend beeinflußt worden. Daß sie noch mitreden darf, dankt sie zum Teil der Unfähigkeit der Bourgeoisie, die schon wieder mit ihrer Zoll-Steuern-Sozialpolitik auf dem besten Wege ist, der Sozialdemokratie in den Ministersattel zu helfen. Die Durcharbeitung der ökonomischen Zusammenhänge und die Erkenntnis ihrer Konsequenzen für die politische Handlung tun uns bitter not. Wenn dazu heute Köpfe fehlen, so kommt das nicht zum mindesten daher, daß die Sozialdemokratie vergessen hat, was den deutschen Sozialismus groß gemacht hat — die Wissenschaft.

Otto Dix: Der Krieg*)

Von Paul Westheim

Wenn ich Herr Boelitz wäre, würde ich mal einen der meist schlecht verwandten Propagandafonds benutzen, um den anvertrauten Schulkindern bei passender Gelegenheit, sagen wir: beim nächsten Sedantag, der so ganz doch nicht übergangen wird, ein kleines Gratisgeschenk zu machen: das zu billigem Preis erhältliche Bilderbuch „Der Krieg“ von Otto Dix. Und wenn, was anzunehmen ist, Nierendorf sich zu einem Extrarabatt verstände, würde ich den größeren, den Hochschulkindern, nach dem bewährten Rezept, daß doppelt genäht besser hält, gleich zwei Exemplare in die Hand drücken lassen. In Berlin könnte die Verteilung vielleicht Prof. Roethe übernehmen, der ja für Krieg und dergleichen ein gewisses Faible hat.

Die Schulmeister, auch die, die es nicht von Berufs wegen, sondern von Natur aus sind (und die sind ja die schlimmeren), werden, wie immer, wenn mal was vorkommt, was nicht im Lehrplan vorgesehen ist, bedenklich den Kopf schütteln. Sie werden meinen, daß das, was der Dix da gelegentlich eines nahezu vierjährigen, etwas unfreiwilligen Aufenthaltes in den Schützengräben von Fort Vaux, der Somme, der Karpathen usw. aufgezeichnet und radiert habe, sei zu schrecklich, zu scheußlich, so scheußlich und schrecklich wie — der Krieg selber war und ist. So was solle, könne, dürfe man der heranwachsenden Jugend doch nicht in die Hand geben. Schon um nicht wieder das inzwischen langsam, aber sicher herangemästete Ideal des frisch-fröhlichen Feste-druffs zu zerstören. Gewiß, gewiß, in einer großen Masse von Dumm-

*) 5 Mappen je 10 Blatt Radierungen. Verlag Karl Nierendorf, Berlin W.50. Gleichzeitig ist ebenfalls bei Nierendorf eine billige Buchausgabe mit 29 Offsetdrucken erschienen. Die Radierungen sind zurzeit ausgestellt im Graphischen Kabinett am Kurfürstendamm.

köpfen rumort schon wieder mit Pauken und Trompeten so ein Mordsideal, als ob während einer ebenso großen wie langen Zeit das „Ideal“, gerade und vor allem für die, die für die benötigte „Stimmung“ besorgt waren, nicht die Reklamation gewesen wäre.

In der Tat, bestreiten läßt sich nicht, daß jener Dix mit seinen 50 Radierungen nicht den Idealkrieg darstellt, von dem die Leuten hinterm molligen Ofen träumen, sondern den leibhaftig wirklichen Krieg, der sich, was inzwischen scheinbar etwas in Vergessenheit geraten ist, so um die Zeit von 1914—18 abgespielt hat. Der Krieg, in dem es außer Kriegslieferungen und Kriegsgewinnen, außer Kriegszielentwürfen und Annexionsdenkschriften noch so etwas wie den Schützengraben gegeben hat. Schützengraben mit Drahtverhau, mit Trommelfeuer und Gasangriff, mit Blutströmen, zeretzten Leibern, heraushängendem Gedärm, herumklatschendem Gehirn, verwesenden und verwesenen Menschenkadavern und all den weiteren Begleiterscheinungen, die ein mit allem Komfort der Neuzeit organisierter Mordbetrieb so mit sich bringt. Dix, der, wie gesagt, die Ehre hatte, während der vier Jahre aus aller-nächster Nähe als sozusagen unfreiwilliger Zuschauer mitanzusehen, was mit „Stahlbad“ eigentlich gemeint ist, hat gewissermaßen die Gelegenheit benutzt, mit der Sachlichkeit, die man unseren Feldgrauen ja nachrühmte, die Dinge aufzuzeichnen, von denen man nicht gern spricht, besonders die Daheimgebliebenen und das nächste Mal doch wohl wieder Daheimbleibenwollenden nicht gern sprechen, obgleich oder gerade weil sie sonst weniger die Neigung haben, das Talent zu halten. Die Radierungen, die Nierendorf jetzt herausgebracht hat, sind angeblich unretuschierte Wiedergaben dieser Zeichnungen, wenn man will: ungeschwundelte Drahtverhau-Erinnerungen eines Maschinengewehr-schützen.

Nerven gehören schon dazu, diesen Zyklus zu „genießen“. Und ich möchte nicht gerade empfehlen, vor dem Schlafengehen ihn sich zu Gemüte zu ziehen. Wenigstens nicht, ohne gleichzeitig eine Tablette Adalin zu nehmen; es könnte sonst eine unruhige Nacht werden oder sonst der Verdauung schaden. Alle Bestialitäten, mit denen der große Krieg den Krieger überschüttete, den Krieger, will sagen: den gemeinen Mann, der den „ganzen Mist“ auszubaden hatte, sind da bis in die kleinste Einzelheit aufgezeichnet, bis auf das armselige Gedärm, das aus einem zeretzten Leib quillt, bis auf das Gewürm, das sich anfraß an dem Kadaver eines, der doch auch einer Mutter Sohn gewesen. Festgehalten ohne Sentimentalität, so sachlich, so naturforscherhaft getreu wie der Bosch sein Höllenungeziefer, wie der Grünewald auf dem Altarbild des Isenheimer Spitals Lepra und Syphilis dargestellt haben. Er ist kein ästhetisches Vergnügen, dieser unretuschierte Krieg, gewiß nicht, und es ist auch nicht anzunehmen, daß wie damals, als die Akademie die Dettmannschen Münchhausiaden: die gefällig gemüthliche Schützengraberei ausstellte, die Leute sich sehr angeregt fühlen werden und wieder exklamieren: wie nett, wie schön, wie interessant! War Dettmann ästhetisch, so sind die Radierungen von Dix nicht ästhetisch, so wenig wie Menschengroßschlächtere eine ästhetische Begebenheit ist.

Schilderungen, die so ungeschminkt, so fanatisch getreu gegeben werden, pflegt die Aesthetik, die nicht weniger auf Kommentar hält als ein Bonner Borusse, „Tendenzkunst“ zu nennen und abzutun. Ob einer als Maler Krieg so penetrant echt nachzeichnet oder als Dichter verhungerte Weber ihre Not in nicht eben salonfähigen Invektiven herausbrüllen (statt in Jamben Zitate reden) läßt, immer ist es für die, die lieber die halbe Wahrheit hören, denen die ganze Wirklichkeit nicht recht in den Kram paßt, Tendenz. Auch gegen diesen Zyklus von Dix wird man die Grammophonplatte andrehen, obzwar gerade das Besondere hier, das Erregende und freilich auch Aufreizende die Ver-

essenheit ist, nichts anderes geben zu wollen als das, was einer wahr- und leibhaftig zu sehen bekommen hat, was dieser Krieg ohne Phrase, ohne Humbug, ohne Beschönigung und Schwindel gewesen ist. Dix ist seiner ganzen geistigen Veranlagung nach nicht der Mann, Tendenz zu haben, Pathos in die Dinge zu legen. Dazu steht er allem zu wurschtig gegenüber; weder glaubt er, daß die Menschen gut sind, noch daß sie gut werden möchten, sondern stellt einfach fest, daß sie Viecher sind, und daß solch Krieg die gegebene Gelegenheit für viehisches Benehmen war . . .

Der krasse Verismus, der den jungen Malern eigen ist, die ihre Werdejahre statt in akademischen Meisterateliers in nicht immer bombensicheren Unterständen verbracht haben, ist der Versuch, für die Malerei einen neuen Stil der Sachlichkeit zu gewinnen. Vom Ich, der Seele, die den Dingen die besondere Färbung geben sollte, wird nicht mehr Gebrauch gemacht. Ich, Seele, so was kannte der Spieß nicht. Der Maler, persönlich und unbeteiligt, persönlich uninteressiert, — es ist der Flaubert-Typ —, stellt dar, was sich begibt, berichtet stattdessen. Selbst auf die Gefahr, einmal ins Panoptikum zu entgleiten. Die Fiktion hier ist, das Malergeschäft so zu betreiben, als ob es jenes interessante Ich, den Künstler, gar nicht gäbe. Einstellung etwa die: was geht's die Leute an, ob ich Seele oder Gefühle habe. Eine typisch moderne Einstellung. Einstellung des kapitalistischen Unternehmertums: Haare apart, Bouletten apart — Geschäft apart und Seele apart. Versteht sich, daß der Anschauungsunterricht, der so vom „Stahlbad“ gegeben wird — und nehmen wir einmal diesen Zyklus als nichts anderes als solchen noch immer nicht unnotwendig gewordenen Anschauungsunterricht —, einigermaßen lapidar wirkt, und daß er sozusagen in die Glieder fährt: den einen, die von der Bestialität des Massenmordens überzeugt sind, als grauenvollste Bestätigung, den anderen, die davon noch immer nicht genug haben, ob der Befürchtung, er sei zu starkes Antitoxin gegen den Phrasenrausch, mit dem sie Hirne benebeln.

Kürzlich las ich irgendwo einmal: einen Toten beweint man noch, tausend Tote bedauert man nur noch, und eine Million Tote sind nur noch zwei leere Worte, die der Verstand gleichgültig und mechanisch zur Kenntnis nimmt. Was Dix hier gezeichnet hat, ist immer wieder das Schicksal eines jeweils Einen, eines Helden, eines Vaterlandsverteidigers. Grauenvolles Schicksal, das der Begriff „Krieg“ sofort ins Tausend- und Millionenfache potenzieren läßt.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Kartelle und Syndikate

Krise und Kartelle Es ist eine Streitfrage, ob die Kartellbildung mehr von der Krise oder mehr von der Hochkonjunktur begünstigt wurde. Während z. B. Grunzel die Kartelle als Kinder der Not bezeichnet, hat die Geschichte der Kartelle gezeigt, daß Perioden der Prosperität größere Wegbahnen des Kartellgedankens waren als Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs. Wenn man die Wirkung der gegenwärtigen Krise auf die Kartelle und Syndikate überschaubar, so kann man im allgemeinen feststellen, daß der Kartellgedanke ins Wanken geraten ist. Eine Krise wie die jetzige, ist eben deshalb so verheerend, weil sie verschiedenen Ursachen entspringt. Daher beeinflusst sie auch die kartellartigen Gebilde. In einer Zeit, wo Warenbestände unter allen Umständen abgestoßen werden müssen, sind Mitglieder von Kartellen

leicht geneigt, sich über die Bindungen hinwegzusetzen. Die Kartelle haben weitgehende Milde walten lassen. Die Satzungen wurden in vielen Fällen außer Kraft gesetzt. Die Kartellmitglieder waren eben nicht bei der Stange zu halten. So bestehen manche Kartelle oder Preiskonventionen nur noch dem Namen nach. Erst eine Besserung der Wirtschaftslage wird zeigen, inwieweit sie einer neuen Blütezeit entgegenzugehen vermögen.

Die Kartellverordnung vom November 1923

Als die Flut der Inflation immer höher und höher stieg und die Warenverkäufer die Preisschraube immer fester anzogen, war die Empörung der Volksmasse hauptsächlich gegen die Kartellgewalt der Produzenten gerichtet. Die Gewerkschaften wurden bei der Regierung vorstellig und forderten ganz energisch ein Eingreifen. Und als die Vertreter der Partei in der Regierung Stresemann ebenfalls dazu drängten, kam es zu der „Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen“ vom 2. November 1923. Der Reichswirtschaftsminister erhielt durch diese Verordnung, die auf der Grundlage der Ermächtigungsgesetze erfolgte, das Recht, gegen eine kartellartige Vereinigung einzuschreiten, wenn die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährdet „oder wenn die wirtschaftliche Freiheit durch Sperren im Einkauf oder Verkauf oder durch Festsetzung unterschiedlicher Preise oder Bedingungen unbillig beeinträchtigt wird“. Den Kartellmitgliedern wurde durch die Verordnung das Recht gegeben, den Kartellvertrag zu kündigen. Ein Kartellgericht, das gleichzeitig durch die Verordnung geschaffen wurde, hatte darüber zu entscheiden, ob die Kündigungen zu Recht erfolgten oder nicht. Die Wirkung dieser Verordnung war eine ganz außergewöhnliche. Die Kartelle und Syndikate wurden mit einer Flut von Kündigungen überschüttet. Manches Kartell geriet ins Wanken, einige verfielen sogar der Auflösung, weil der größte Teil der Mitglieder syndikatsmüde geworden war. Die Verhandlungen vor dem Kartellgericht ließen einen tiefen Einblick in die innere Struktur und die Geschäftsmethoden einzelner Kartelle tun. Aber auch die Wirkungen der Konzentrationsbewegung in der Industrie erfuhren durch diese Verhandlungen eine treffende Illustration. Mehr als einmal opponierten Kartellmitglieder gegen die Uebermacht einiger Großbetriebe, da sie das Kartell vollständig nach ihrem Willen zu beherrschen in der Lage waren. So wurde beim Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikat festgestellt, daß der Wickingkonzern mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigte. Durch die Wirkung der Kartellverordnung ist der Einzug eines freieren Geistes bemerkbar. Um Kündigungen und sonstige Scherereien zu verhüten, lockerte man freiwillig die früher manchmal rigorosen Bestimmungen. Ob dieses günstige Symptom als etwas Dauerndes in Rechnung zu stellen ist, kann heute noch nicht beantwortet werden.

Die Syndikate der Montanindustrie

Zahlreiche Pressenotizen der letzten Tage berichten von schweren Kämpfen innerhalb des Ruhrkohlen-syndikats. Tiefgehende Differenzen werden dort zurzeit ausgeglichen. Bekanntlich ging das Kohlen-syndikat des Ruhrgebiets nach Hamburg, als die Franzosen in Essen einziehen wollten. Dadurch kam die Ingenieurkommission nicht in den Besitz einer seit Jahrzehnten gut eingearbeiteten Organisation. Als der passive Widerstand beendet war, stand der Steinkohlenbergbau Westdeutschlands ohne jede organisatorische Bindung da, weil die Franzosen das alte Syndikat nicht mehr hereinließen. Ebenso verbot die Besatzung die Anwendung der Kohlenwirtschaftsgesetze, die bekanntlich die Bildung von Syndikaten vorsehen. Dreißig Jahre einer stürmischen Entwicklung hatte der Ruhrkohlenbergbau unter dem Schutze eines mächtigen Syndikats durch-

schrritten, nun sollte der Neuaufbau der Absatzverbindungen ohne eine Zentraistelle erfolgen. Das ging nicht. Nach längeren Verhandlungen schuf man die „Vereinigung für den Verkauf und die Verteilung der Ruhrkohle Akt.-Ges.“. Das neue Syndikat ermangelte der Festigkeit, die gerade zum Erfolg des alten beigetragen hatte. Die großen Konzerne des Ruhrkohlenbergbaus bedangen sich weitgehende Rechte aus, die über das vielumstrittene Hüttenkontingent der Vorkriegszeit weit hinausgingen. Neben den Verkaufsgesellschaften der Ruhrkohle A.-G. bestanden solche von einzelnen Zechengruppen. Man unterschied zwei Strömungen: den sog. Inlandsblock, wo die angeschlossenen Zechen ihre Produkte an das Syndikat zum Vertrieb abliefern und die Außenseiter (Thyssen, Stumm, Rombach, Klöckner, Rhein-stahl-Ahrenberg), welche eigene Handelsgesellschaften errichteten, durch welche sie den Vertrieb vornehmen ließen. Für das Auslandsgeschäft bestanden ebenfalls Auslandsblocks, deren Mitglieder ebenfalls große Konzerne waren. Ein Syndikat ohne das ausschließliche Recht, den Vertrieb zu kontrollieren, ist ein Unding. So wuchsen die Schwierigkeiten innerhalb des Syndikats, bis einzelne Zechen, darunter Ewald, Hoesch-Köln-Neuessen, zur Kündigung des Syndikatsvertrages schritten. Man ist jetzt eifrig bemüht, die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Da die Kohlenwirtschaftsgesetze für den Bergbau an der Ruhr auch jetzt noch keine Gültigkeit haben, kann die gesetzliche Spitzenorganisation des Bergbaus, der Reichskohlenrat, sein Veto nicht in die Wagschale werfen oder die Entwicklung beeinflussen. Bis zum Eintritt regulärer Verhältnisse ist der Bestand des Ruhrkohlen-syndikats vollständig ungewiß. — In der Schweißenindustrie sind die Syndikate fast alle entschlafen. Nur der Roheisenverband in Essen ist noch in Wirksamkeit. Für Halbzeug und Walzwerkfabrikate gelang der Wiederaufbau der alten Organisationen noch nicht. Versuche, ein Röhrensyndikat und eine Verbrauchsvereinigung für Grobbleche zu errichten, scheiterten. Auf dem Eisenmarkt liegen die Verhältnisse grau in grau. Im Stahlhof in Düsseldorf, dem großen Geschäftsgebäude des Stahlwerksverbandes, hat der General Degoutte sein Quartier aufgeschlagen. In Belgien und Frankreich diskutiert man sehr eifrig den Gedanken eines überstaatlichen Verbandes für Stahl und Eisen. Eine Verbindung der französischen, belgischen und deutschen Stahlwerke liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeit.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Der Tag der Toten

Der Königsplatz hatte am Sonntag wieder einen seiner großen Tage. Die mächtig in Säulen gigantisch hochwachsende Front des Reichstags war in ihrer ganzen Höhe mit Tannengrün ausgeschmückt. In der Mitte der Front das dunkle Grün des Schmuckes unterbrochen von einem großen Reichsadler auf schwarz-rot-goldenem Grunde und vor dem Adler ein schwarzer Katafalk. Wuchtig, schwer, als Mahnzeichen für eins von den vielen Massengräbern. Der Katafalk von langen Samtstreifen

kreuzweise ausgeschmückt. Schon in den frühen Vormittagsstunden zogen von überall die Scharen der Trauergäste zum Königsplatz. Um 10 Uhr war der weite Raum des Königsplatzes bis zur Krolloper und auch die langen Nebenstraßen ausgefüllt mit einer andächtigen Trauergemeinde, zumeist Angehörigen von Opfern des Weltkrieges. Sie waren herbeigeeilt, der Opfer gedenkend, die fern von hier auf Kriegsschauplätzen ruhen. Allen leuchtete die Inschrift hoch oben an der Reichstagsfront „Dem lebenden Geiste unserer Toten“

entgegen. Waren auch die Opfer vergebens gewesen, vergessen sollen sie nicht sein.

Die Feier, die von dem deutschen nationalen (sprich: deutschvölkischen) Innenminister Jarres ausging, hat von Anfang an gezeigt, wie wenig Takt Herr Jarres für die Veranstaltung einer solchen Feier aufzubringen imstande ist. Geschmacklos war es, angesichts der vielen, die einen oder gar mehrere Angehörige verloren hatten, die Reichskriegsflagge zu hissen. Spott ist billig, und anders wird und kann doch niemand diese üble Provokation aufgefaßt haben. Die Ansprache der beiden Geistlichen, evangelischer und katholischer Konfession (nach Herrn Jarres gibt es scheinbar nur Katholische und Evangelische) waren auch nicht auf den Ton abgestimmt, den man doch an solchen Tagen zumindest erwarten kann. Man soll nicht vom Heldengeist unserer Kämpfer sprechen, man soll nicht an frühere Zeiten erinnern, ohne auch starke Worte gegen die vielen Feiglinge zu finden, die namentlich in den oberen Stellen im Jahre 1918 so wenig Mut gezeigt haben. Beide Redner der Konfessionen haben nicht ein Wort zur Erreichung des höchstens Gedenkens der Opfer — des Friedens — gefunden. Abkehr von all dem Getue des Heldenhaften und starkes Bekenntnis zum Frieden kann allein die Opfer ehren.

Der Reichspräsident sprach tief bewegt — er selbst hat zwei Söhne im Felde verloren, —, er war der einzige Redner, der den tiefen Trost aussprach, der allen die Worte gab, die allein hinweghelfen können über die grausamen Verluste, die der Krieg geschlagen:

„Es ist heute der Ruf hinausgegangen an das deutsche Volk, unseren Toten ein würdiges Denkzeichen zu errichten. Aber darüber hinaus wollen wir — das lassen Sie, deutsche Männer und Frauen, uns in dieser Stunde geloben — dem Gedächtnis unserer Toten und unserer Opfer ein Denkmal bauen, dauernd denn Erz: **Das freie Deutschland!**“

Der Feier selbst wohnten in geringer Zahl die Hitler- und Stahlhelmbanden bei — als die allerun-

geeignetsten Trauergäste —, die mit ihrem Geklimper von Abzeichen den Anschein erwecken wollten, als wären auch in ihrem Zeichen Opfer gebracht worden. Ihren Großmäuligkeiten haben wir es ja noch immer zu verdanken, daß das Ausland zu Deutschland kein Vertrauen haben kann. Mit Klimbim und hohlen Gesten hoffen sie Deutschland zu befreien. Und Dumme finden sie für ihre Bauernfängerstücke immer noch genug. Unser Außenminister, Herr Stresemann, hat die Stahlhelmlente, wie die Presse großzügig berichtet, in ein Gespräch gezogen. Vielleicht wird Herr Stresemann einmal aufgeklärt, wie er sich auf offiziellen Veranstaltungen des Reichs zu benehmen hat! Was wäre ihm wohl geschehen, wenn er unter Wilhelm einen staatsumstürzlerischen Sozialdemokraten bei einer offiziellen Feier in ein Gespräch gezogen hätte? Vielleicht will er einmal Ehrenpräsident des Stahlhelmbundes werden. Vertrauen hat er bei ihnen durch seine Flaggenpropaganda Schwarz-Weiß-Rot genug gewonnen.

Trotz der an sich wenig republikanischen Aufmachung der Feier hat sich das Reichsbanner in sehr beachtlicher Zahl an derselben beteiligt. Der Grundsatz, überall den Nationalen ihr Treiben unmöglich zu machen und den republikanischen Trauergästen Schutz zu bieten, wurde für das Reichsbanner Veranlassung der Feier beizuwohnen. Die vielen Zurufe der Trauergäste beim Abmarsch der einzelnen Gruppen des Reichsbanners haben bewiesen, daß ein großer Teil tiefe Sympathie für diese Abwehrorganisation der Republik empfindet. *Arno Scholz*

Ein aktiver Bezirksvorstand

Schon bei der Ankündigung der Totengedenkfeier dürfte keinem Sozialdemokraten besonders wohl zumute gewesen sein. Man merkte nur allzu deutlich die Bürokraten-Absicht, der „unvermeidlichen“ Verfassungsfeier ein Gegengewicht zu schaffen, und war mit Recht

darüber verstimmt. Allein der Name Jarres, der spiritus rector der Totenfeier, war ein Programm. Was nun in den letzten Julitagen allmählich über Einzelheiten der geplanten Veranstaltung bekannt wurde, mußte erst recht unsere instinktiven Bedenken der ersten Stunde steigern. Wenn indessen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold von Anfang an den Standpunkt vertrat, daß es an dieser Kundgebung teilnehmen müsse, um den Feinden der Republik zum Trotz die verfassungsmäßigen Reichsfarben demonstrativ zu zeigen und nicht das Feld den schwarz-weiß-roten Verbänden kampflos zu überlassen, so war dies ein durchaus richtiger Gedanke, zumal dieses Verhalten vollkommen mit den Zwecken übereinstimmte, die bei der Gründung des Reichsbanners ausschlaggebend waren. Die Ankündigung der Beteiligung des Reichsbanners an der Totenfeier war übrigens bereits vor einer ganzen Weile erfolgt, ohne daß von irgendeiner Seite dagegen Einspruch erhoben wurde.

Trotzdem bringt es die Berliner Parteiorganisation im Einvernehmen mit der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Berliner Ortskartell des Afabundes fertig, einen Tag vor der Kundgebung einen gemeinsamen Aufruf zu erlassen, in dem die Arbeitnehmerschaft Berlins aufgefordert wird, sich an dieser Veranstaltung nicht zu beteiligen. Hätten diese drei Organisationen öffentlich erklärt, daß sie gegen den ganzen Charakter der Jarres-Feier die schärfsten Bedenken hätten, daß sie sie für ein reaktionär-nationalistisches Ablenkungsmanöver vom Festtag der Republik hielten, daß sie als Partei bzw. freie Gewerkschaften nicht damit zu schaffen hätten, so hätte man dies durchaus begreifen, ja billigen können. Aber, indem die Unterzeichner des Aufrufs ausdrücklich die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder dazu aufforderten, der Kundgebung fern zubleiben, mußten sie wissen,

daß sie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in die schlimmste Verlegenheit bringen würden. Und sie haben es gewußt. Sie sind inständig gebeten worden, diesen einen Satz wegzulassen, um nicht die sozialdemokratischen Reichsbannermitglieder in einen ebenso peinlichen wie überflüssigen Gewissenskonflikt mutwillig zu versetzen. Trotzdem haben sie es getan. Und damit haben sie der Republik und der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst erwiesen.

Jedermann kennt die Entstehungsgeschichte, das Wesen, die Ziele des Reichsbanners. Es ist insbesondere bekannt, daß das Reichsbanner hauptsächlich von Sozialdemokraten ins Leben gerufen wurde, daß die große Mehrzahl seiner Mitglieder ebenfalls Sozialdemokraten sind. Es ist ferner notorisch, daß diese Gründung im engsten Einvernehmen mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und mit parteigenössischen Ministern erfolgt ist, auf deren Urteil man im allgemeinen etwas gibt. Unter diesen Umständen ist es eine Rücksichtslosigkeit sondersgleichen, nicht nur gegen das Reichsbanner, sondern auch gegen die Gesamtpartei, wenn der Berliner Bezirksvorstand in der hier dargelegten Form dem Reichsbanner in den Rücken fiel.

Gerade der jetzige Berliner Bezirksvorstand hätte allen Anlaß, in solchen Dingen vorsichtig vorzugehen. Denn seine bisherigen organisatorischen und politischen Leistungen sind wirklich nicht derart, daß er auf das Reichsbanner von oben herabblicken dürfte. Freilich können wir uns leicht denken, daß das Wesen und Wirken des Reichsbanners einen Dorn im Auge derer bildet, deren gesamte politische Ideologie auf dem unfruchtbaren Gedanken beruht, daß das Bürgertum eine „einzige reaktionäre Masse“ bildet und daß „alles, was die Kommunisten tun, mag es auch falsch sein, doch für euch geschieht“!

Jetzt stehen wir jedenfalls vor der beschämenden Tatsache: Ist

einmal etwas Vernünftiges geschaffen, etwas Nützliches aufgebaut worden, da hat der Berliner Bezirksvorstand nichts Dringenderes zu tun, als den sich dafür aufopfernden Genossen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Wenn dann noch die radikalen Berliner Genossen über Mangel an Aktivität bei ihrem Vorstand klagen, so ist ihnen wirklich nicht zu helfen...

In dieser Zwangslage hat der sozialdemokratische Leiter der Berlin-Brandenburger Gauleitung des Reichsbanners, Genosse Fritz Koch, das einzige getan, was er noch tun konnte und tun mußte, um dieser jungen Organisation eine tödliche Blamage zu ersparen, nämlich die sozialdemokratischen Reichsbannermitglieder durch den „Vorwärts“ aufgefordert, der ursprünglichen Beteiligungsparole auf alle Fälle Folge zu leisten. Dagegen empören sich nun die Hohenpriester der Parteidisziplin, und schon schwirren gegen den Sündenbock Ausschlußanträge in der Luft. Das wollen wir mal sehen!

Uns scheint es im Gegenteil eine an Disziplinbruch grenzende Takt- und Rücksichtslosigkeit zu sein, wenn der Berliner Bezirksvorstand in der oben gekennzeichneten Weise einer von der Gesamtpartei mit großen Mühen und noch größerem Nutzen geförderten Organisation einen Dolchstoß in den Rücken versetzt. Und es ist nicht minder eine Disziplinlosigkeit, wenn führende Parteigenossen in Friedenskundgebungen auftreten Schulter an Schulter mit Deserteuren der Partei (Altmaier-Rabold), mit den Gründern jener republikanischen Partei (Vetter-Großmann), die in den Wahlversammlungen ausschließlich die Sozialdemokratie heruntergerissen haben, oder mit Literaten wie jener vielseitige Peter Ignaz Tucholsky-Tiger, die nichts Geschmackvolleres für den 3. August wußten, als gegen den Genossen Ebert zu hetzen.

Diejenigen, die sich für den Schutz der Republik und der Ver-

fassung ausschließlich auf den Berliner Bezirksvorstand und auf die Berliner Gewerkschaftskommission verlassen wollen, sind um ihren Optimismus zu beneiden. Uns ist in dieser Hinsicht seit der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bedeutend wohlher.

Victor Schiff

Leipziger Versuche

Die sozialistische Arbeiterjugend, die Studenten, „Kinderfreunde“ und „Bildungsausschüsse“ zu ihren Tagungen einmal gleichzeitig in dieselbe Stadt zu laden, wie das das Leipziger Arbeiterbildungsinstitut, dessen Träger die Leipziger Gewerkschaften und die Partei sind, getan hat, ermöglicht gegenseitige Bekanntschaft, Anregung, Meinungsaustausch und nachhaltige Wirkung in der Öffentlichkeit. Es ist auch gut, Sonnabend abend und Sonntag einer solchen Tagung für Demonstration und Feste zu nutzen. Ob es schicklich und geschmackvoll ist, das Ganze etwas „präenziös“ „Arbeiterkulturwoche“ und eine öffentliche Abendversammlung „Kulturelle Versammlung“ zu nennen, ist eine andere Frage. Der jugendfrische Max Westphal vom Hauptvorstand der Arbeiterjugend hat recht behalten. Er hatte am Begrüßungsabend so etwa gesagt: Wir werden hier noch keine sozialistische oder proletarische Kultur zeigen können, aber das Streben der Arbeiterschaft nach Kultur.

Den Sinn des Wortes Kultur auszulegen, ist schwierig. Aber gewiß ist doch, daß dabei auch einer bestimmten inneren Haltung sichtbarer Ausdruck verliehen werden muß. Das hat auch das Leipziger Arbeiterbildungsinstitut versucht. Aber gerade das ist ihm mißlungen. Sonst dürfte bei der Begrüßung der Jugend und Festteilnehmer, bei der überall das Plakat: Lest den „Kulturwillen“ prangte, nicht der Blick auf die Bühne zur Qual werden. Eine grausig mit Barockgartenausschnitt bemalte Kulisse war da zu sehen, für den Saal-

besucher in der Mitte von einem roten Podium geteilt, über dem eine im Hintergrund stehende Büste sichtbar war, die aussah wie eine gut wilhelminische Germania mit Jakobinermütze (daß auf ihrem Sockel „Freiheit“ stand, war nur von wenigen zu lesen). Rechts und links der Jakobinermütze entfaltete sich die gemalte Gloriette des erwähnten Gartens auf der Kulisse. Und was auf der Bühne an Sänger- und Sprechchören geboten wurde, war auch zu wenig durchgearbeitet. Und so blieb als Bestes des Abends der helle Anblick der Arbeiterjugend, auf deren Gesichtern schon die innere Haltung, das Streben nach einer neuen Kultur, Ausdruck gewinnt.

Am Sonntag war in der Albert-Halle Jugendfeier. Die „Großstadt“ von Schönlanke wurde mit Sprechchören gespielt. Die Leipziger hatten betont, daß die Linie ihrer Politik seit 1915 in den Antikriegs- und andern Feiern zum Ausdruck kommen sollte. Leipzig war ja immer eine Domäne der U.S.P. Und in dieser Schönlanke Stimmung war eben auch nur Leiden und Aufbegehren. Und sie ging nicht darüber hinaus, zu dem „Gemeindrang“ des Schaffens, den wir doch mit dem sterbenden, erkennenden Faust als „höchsten Augenblick“ der Jugend weisen sollten.

Am Nachmittag führte der rot und schwarz-rot-golden bewimpelte Zug der Jungen und Alten zum Lunapark. Ein Wiener Student meinte: „Wann wir in Wien a Kulturwoch' machen, dann führen wir halt nit die Leit' in den Prater.“ Und der Prater von Wien ist noch so verschieden von diesem Lunapark wie — eben Wien von Leipzig. Eine Entfaltung der Jugend zu Spiel und Sport, der Alten zur Geselligkeit war nicht möglich; zum Herumlaufen gab es nur einen engen Weg, zum Setzen nur die üblichen Bier- und Kaffee-, beinahe möchte man sagen Bliemchengaffelokale — Volkszusammensein auf festlichem Grund?

Am Abend lagerte sich alles am See, um „Erwachen“ nach Mo-

tiven von Toller am und auf dem See von den Gewerkschaften gespielt zu sehen. Die Idee zu diesem Stück war nicht gerade originell. Krieg um Petroleumquellen, beiderseitige Siegesnachrichten trotz beiderseitiger Niederlage, Erkenntnis der Völker, Revolution durch Matrosen und „Nie wieder Krieg“. Die beiden Völkernschaften spielten abwechselnd, von Scheinwerfern beleuchtet. Ich habe von dieser Handlung, die zum Glück im allgemeinen Festprogramm veröffentlicht war, nicht viel mehr gehört als am Anfang das „Hurra, es lebe der König“, und nicht viel mehr gesehen als die mit Feuerwerk veranstaltete Seeschlacht. Und wie mir ging es etwa neun Zehnteln des Publikums. Und das war doch wohl kaum der Zweck der Übung. Bei so schlechter Vorbereitung besteht die Gefahr, daß die Idee des Massenfestspiels im Freien zu Unrecht — denn sie ist wahrscheinlich dadurch, daß sie die Arbeiter zum Träger der Handlung macht, von großer erzieherischer Fruchtbarkeit — vor wirklicher Erprobung verworfen wird.

Und so bleibt denn als Verdienst der Leipziger, die Probleme eines Arbeiterfestes in vielen hundert Teilnehmern aufgerollt zu haben. Hedwig Wachenheim

Diplomatische Fragen

Wenn man so jahraus jahrein die Gazetten liest, müssen sich einem doch mit der Zeit allerhand Fragen aufdrängen, die kein Weiser beantworten kann, auch wenn man selbst kein übermäßiger Narr zu sein hoffen darf.

Also da haben wir — die ganze Kulturmenschheit, wenigstens die europäische — den Zustand, daß beim Auftauchen irgendwelcher rechtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen Fragen die hochqualifizierten, exzellenten und so gut besoldeten Botschafter, Gesandten, Geschäftsträger, Botschafts- und Legationsräte wie -sekretäre zusamt ihren Wirtschafts-, Presse- und

sonstigen Attachés sofort amtlich als sachlich unzuständig erklärt werden, da man in allen solchen Fällen immer besondere Spezialfachmänner aus der Heimat auf die Reise schickt. Nun beginnt die Reihe der Vorbesprechungen, Haupt- und Schlußberatungen, oftmals unterbrochen durch Heimreisen zur Einholung von Instruktionen und durch Heranziehung weiterer Spezialreferenten zu Informationen, bis endlich, nach mehrmaligem Erreichen des toten Punkts und dann wieder nach mehreren Lesungen das Ergebnis zum Heil der Welt protokolliert, paraphrasiert, paraphiert und schließlich ratifiziert werden kann. Das Zustandekommen solcher Resultate erinnert, geschäftsmäßig sozusagen, nicht selten an den Reichstag des alten römischen Kaiserreichs deutscher Nation, das sich mit seinem Reichsdeputationshauptschluß von 1804 selbst ad acta gelegt hat.

Man ist versucht, bei solchem Anblick zu fragen, wozu der große und teure Apparat der Botschaften und Gesandtschaften überhaupt noch aufrechterhalten werden muß, wenn nicht etwa nur, um einer ganz erklecklichen Anzahl Leute ein recht erträgliches Leben zu verschaffen. Denn selbst in rein diplomatischen Verhandlungen lesen wir doch jeden Augenblick, daß die Diplomaten für jeden einzelnen Schritt Instruktionen ihrer Regierung erhalten, wozu sie nicht selten in die heimatliche Hauptstadt reisen müssen. Wäre es da nicht ebensogut, aber billiger und schneller, wenn sich die pp. leitenden Staatsmänner des direkten Verkehrs miteinander durch Telegraph, Telephon und — auch zur Uebermittlung der jetzt so beliebten Noten — durch eingeschriebenen Eil- oder Flugpostbrief bedienten, statt daß jetzt tagtäglich Dutzende Kuriere zwischen den Hauptstädten in reservierten Abteilen I. Klasse herumsausen? (Oh, wie wackeln unsichtbare Zöpfe hinter glattrasierten Staatsmannesgesichtern!)

Deutschland wird man nicht gerade als das Land der Diplomatie bezeichnen; die kennzeichnenden

Eigenschaften des deutschen Nationalgeistes wie die Erfolge der deutschen Staatsmänner und Diplomaten seit jeher schützen Deutschland in gleichem Maß — nicht vor Schaden, aber vor dem Attribut, das Land der Diplomatie zu sein. Kürzer hat das der großherzoglich-sächsische Staatsminister J. W. von Goethe schon mit den Worten gesagt: „Im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist.“

Und doch hat Deutschland mehr Diplomaten als irgendein anderes Land — vielleicht beweist auch gerade das den Mangel an diplomatischem Geist und Talent. Denn das Talent tritt doch sonst nicht eigentlich als Massenerscheinung auf.

Die Weimarer Verfassung hat nach der Meinung manches ihrer Bekenner mit dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches aufgeräumt, indem sie an die Stelle des Fürstenbundes von 1871 die Republik der deutschen Stämme, gegliedert nicht mehr in Bundesstaaten, sondern in Länder setzte. Nun wohlan, wir haben heute statt des Bundesrats den Reichsrat, der einem Oberhaus des deutschen Reichsparlaments verflucht ähnlich sieht. Wir haben nach wie vor die Gesandten der Länder beim Reich, dazu noch Vertreter des Reichs bei Ländern und wir haben zum Ueberfluß des Ueberflusses auch noch Gesandte von Ländern bei anderen Ländern. Wenn auch nicht alle Länder von diesen unbeschränkten Möglichkeiten Gebrauch machen, so bleibt es doch eine ganz nette Rechenaufgabe aus dem Gebiet der Kombinationslehre, einmal alle diese diplomatischen Gelegenheiten zahlenmäßig auszurechnen. (Wenn ich die Kombinationslehre nicht total vergessen hätte, würde ich mit dieser Berechnung versuchen, mir einen Doktorhut für mein bemoostes Haupt zu erwerben.)

Auch für diese innerdeutschen Gesandtschaften — denen kein anderes Land Gleiches entgegenstellen vermag — gilt das Allgemein-Diplomatische, daß sie bei allen Fachfragen sofort durch Spezialgesandte ersetzt werden. Dar-

über hinaus scheinen sie auch für die bloße Politik unzuständig zu sein, denn alle paar Monate werden ja die sämtlichen deutschen Ministerpräsidenten nach Berlin zu Besprechungen mit der Reichsregierung zusammengetrommelt. Könnte man nicht erwägen, einen Turnus deutscher Städte als Tagungsorte für diese Reichspalaver einzuführen?

All das natürlich im Zeichen der größten Sparsamkeit (an Beamtengehältern, Sozialrenten und Kulturaufgaben). *Richard Bernstein*

Die Politik der Straße

Um die Seele des Wiener Volkes wird ein erbittertes Ringen geführt. Vor allem: es gibt ein Wiener Volk. (Berlin hat eine Bevölkerung.) Dies Volk, darin ähnlich den meisten südlichen Völkern, haftet am Aeußerlichen, am sinnlich Greif- und Schaubaren. Es ist unentwegt unsachlich. Im Kampfe um seine Seele spielen Argumente der kleineren Rolle. Wichtiger ist, daß das Glockengebimmel von schmetternden Trompeten und die Marienfahnen von roten Bannern zurückgedrängt werden. In der Republik gibt es einen freien Konkurrenzkampf der Demonstrationstüchtigkeit. Früher war das nicht so. Nicht nur, daß manche Demonstrationen, also etwa republikanische, als hochverräterisch verboten waren — während die Monarchisten in der Republik Oesterreich demonstrieren dürfen; viel wichtiger war der Umstand, daß der Hof seinen Glanz und seine Pracht in den Dienst einer Demonstrantengruppe, der katholischen Kirche, gestellt hatte. In der Fronleichnamprozession zu St. Stephan schritt der Kaiser mit dem ganzen Hofstaat und mit allen Würdenträgern des Reiches hinter der Geistlichkeit. Am Fronleichnamstage zeigte die Kirche dem ganzen Volke, daß sie mächtiger ist als die Allerhöchsten Herrschaften. Wer im alten Oesterreich diesem Demonstrationszuge die schuldige Ehrfurchtsbezeugung versagt hätte, wäre der Religions-

störung und der Majestätsbeleidigung angeklagt worden.

Heute herrscht Demonstrationsfreiheit in Wien. Die katholische Kirche, die nicht nur den Staat, sondern auch das Volk beherrschte, versteht es wie keine andere Macht der Welt, volkstümlich zu sein, das heißt, das große Kind Volk durch bunte Tüchlein, durch Reizung der natürlichen Eitelkeit und der Gefallsucht, durch die irdischsten Schwächen des Menschen zu beherrschen. Niemand wird das Erbe der Kirche antreten, der ihr diese Kunst nicht vorerst abguckt.

Die österreichische Sozialdemokratie versucht sich hier an einer schwierigen, aber ungemein wichtigen und erfolgversprechenden Aufgabe. Sie erinnert sich, daß die Kirche die heidnischen Gebräuche übernahm, um sie in den Dienst ihrer eigenen Zwecke zu stellen. So schafft sie selbst jetzt Ersätze für die kirchlichen Volksbelustigungen. Die Konfirmation, in Wien Firmung genannt, heißt bei den Sozialdemokraten „Jugendweihe“. Am Fronleichnamstag veranstalteten die sozialdemokratischen „Kinderfreunde“ große Umzüge in allen Stadtteilen, mit Musikkapellen, weiß gekleideten Mädchen, mit Bändern, Fahnen und Standarten. Der Wiener hat die Wahl, welchem „Umzug“ er sich anschließen will. Schon am frühen Morgen hört man die gegnerischen Musikkapellen ihre werbenden Weisen spielen. Bald setzen die Glocken der Kirchen verstärkend ein, um die Entscheidung zu bringen. Doch die „Roten“ haben einen Gegenschlag vorbereitet: Ihre Ordner marschieren in geschlossener Formation auf, blaue und grüne Blusen, ein strammes militärisches Bild, in seiner Wirkung verstärkt durch die fröhliche Marschweise des Hornisten.

Hier muß ich eine boshafte Einschaltung machen: Als ich am Westbahnhof ankam und einem Einspannerkutscher mein Leben anvertraute, sagte ich ihm, ich wünschte in die Plunkergasse geführt zu werden. „Plunkergassen?“ sagt er. „Ja“, sage ich. „Jo“ — sagt er.

Der Klepper setzt sich in Bewegung und tragt den Gürtel entlang. Als er die Märzstraße überquert hatte, ohne in sie einzubiegen, wie ein ortskundiger Droschkenführer getan hätte, zupfte ich ihn am Ärmel und schrie: „Wo fahren Sie denn hin, ich will doch in die Plunker-gasse“, worauf er mit einer gemüthlichen Unwilligkeit repliziert: „Woß i denn, wo dös is?“

Der Wiener schreitet in die Zukunft hinein, ohne recht zu wissen, „wo dös is“. Er will seine Ruh haben, und wo es nach alter Weise lustig und munter hergeht, da schließt er sich an. So kommt es, daß die Politiker mehr in Festausschüssen zu tun haben als in Beratungen.

Mitten durch einen Ottakringer Marktplatz zieht die Fronleichnamprozession. Sie stört den Verkehr und behindert das Geschäft. Man erwartet Kundgebungen des Unwillens durch die Marktgeschäftsleute. Statt dessen antwortet eine biedere Kräutlerin: „Wo ma soviel für die neue Glocken zählt ha'm, soll man net amoal das Vergnüg'n ha'm?“

An einem der letzten Sonntagvormittage gab es auf der Ringstraße gleichzeitig folgende Demonstrationen: Die Hakenkreuzler demonstrierten für Schlageter und gegen die Franzosen; die ehemaligen Deutschmeister feierten ihren Korpstag; die Sozialdemokraten weihten eine Ordnerfahne ein; die Kommunisten demonstrierten gegen die Hakenkreuzler. Die Zionisten waren ausnahmsweise verhindert, für Palästina zu demonstrieren. Aber alle hatten Musikkapellen, Fahnen, Bänder zum Anstecken, Hornisten und Festtagsstimmung. Alles, was ist, muß eine Hetz' sein. Und was keine Hetz' ist, das existiert nicht.

Nicht anders ist es mit der Propaganda des gedruckten Wortes. Es gibt auch eine sozialdemokratische Traktätchenliteratur. Wer in Wien volkstümlich sein will, muß auf das Niveau des „Bonifaziusblattes“ herabsteigen. Da erscheint im Auftrag der sozialdemokrati-

schen Partei ein Blättchen „Die Unzufriedene“, bestimmt für die Frauen, die über den teuren Salat schimpfen, aber den Zusammenhang zwischen Kopfsalat und Mehrwerttheorie noch nicht erkannt haben. Für die Parteimitglieder aber erscheint „Der Sozialdemokrat“, ein Blatt, dessen behäbiger Roastbeefsozialismus Spötter veranlaßt hat, es den „Zufriedenen“ zu nennen.

Man mißverstehe uns nicht! Wir kritisieren nicht eine in massenpsychologischen Feinheiten gut beratene Führung. Gerade daß sie in den Mitteln wahllos ist und mit den Instinkten der Zufriedenheit ebensogut Propaganda zu machen weiß wie mit denen der Unzufriedenheit, beweist, daß ihr die Zukunft gehört. Trotzki erzählt in seinem Buche „Fragen des Alltagslebens“, wie in Rußland die gleichen Fragen aufgetaucht sind und wie man dort volkstümliche Ersatz-einrichtungen für die betörenden Seelensüßigkeiten der orthodoxen Kirche zu schaffen begonnen hat.

Man wird die Menschen nur dann wirtschaftlich befreien können, wenn man ihre Schwächen zu Bundesgenossen hat. Nicht zuletzt ist dies ihre Hauptschwäche. *Bruno Frei*

Wo liegt Pannonien?

In den französischen Kinos ist wochenlang ein antideutscher Hetzfilm „Königsmark“ gelaufen. In dem Film wird das Leben an deutschen Höfen karikiert. Die fürstlichen Herrschaften treten mit allem Zubehör, Chevauleger, Paraden, fürstlichen Regimentsinhaberrinnen, Orden, Livreen auf. Daneben werden ihnen alle möglichen Schandtaten, bis zum Mord um der Thronfolge willen angehängt. Schließlich treiben sie es zum Krieg. Die Edlen, ein französischer Hauslehrer und die Herzogin, russischen Geblüts fliehen entsetzt und überlassen das blöde Volk der das alles erduldenen Pannonier, das die Boches darstellt, seinem Schicksal, nicht ohne es zu bemitleiden, womit die Filmhandlung zu Ende ist. Der Film kommt

jetzt gekürzt und frisiert nach Deutschland, und es ist interessant, daß man dabei feststellen kann, daß die Aufnahmen zu diesem französischen Hetzprodukt auf und in den Schlössern des bayerischen Staates, Neuschwanstein, Linderhof, Nymphenburg und Hohen-schwangau gemacht worden sind.

G. Dürckheim

Kasindo

Sarajevo, Frühsommer 1924.

Rings ragen die bosnischen Berge in stattlicher Majestät, der Trebević, die Jahorina, die Bjelašnica, siebzehnhundert, achtzehnhundert, zweitausendzweihundert Meter hoch. Ihr frisches Waldgrün leuchtet Auge und Herz nach all dem trostlos kahlen Karst der Hercegovina und Dalmatiens, aber sie bilden auch schützende Wände für unser Tal: die Winde dringen zu ihm nicht vor, und von giftigen Nebeln ist auch im Spätherbst keine Rede. Höhenlage, Waldluft, Baumschatten, ein zwitschernder Bach — alles gibt diesem Fleck Erde die Eignung für eine Erholungsstätte armer, müder Menschen, denen in der grausamen kapitalistischen Maschine ein Stück Gesundheit hängen geblieben ist. Da ohnehin die politische Arbeiterbewegung in Süd-slawien durch das, allerdings nur auf die Kommunisten gemünzte, Ausnahmegesetz und durch den Stammeshader zwischen Serben und Kroaten verhindert ist, ihre Kräfte in breiter Front zu entfalten, leiteten ein paar in Bosnien tätige Genossen, vornean Sreten Jakšić, wie sein Bruder Jovo seit langem international bekannt, ihre Aktivität auf dieses Feld und gründeten vor drei Jahren mit Hilfe der Kreis-krankenkasse hier ein Arbeiter-erholungsheim.

Der Bach, der sich durch das Gelände schwatzt, heißt Kasidol. So ergab sich für das Heim der Name ganz von selbst, zumal er für eine naive Patienten-Ethymologie an den Zweck des Ganzen erinnert: kühne Uebersetzungskunst gibt Kasindo mit Kassental, Kran-

kenkassental wieder. Die Türme, Kuppeln und Minarets Sarajevos sind in dieser Hügellandschaft nicht sichtbar, aber auf einer alten, etwas verfallenen Karawanenstraße erreicht man die bosnische Hauptstadt in anderthalb Stunden; auf der bequemeren Fahrstraße beträgt die Entfernung rund fünfzehn Kilometer. Näher, wenig mehr als eine halbe Stunde Fußmarsches weit, versteckt sich Ilidža im Grünen, das durch seine heiße Schwefelquelle bekannte Heilbad, von dem aus am Morgen jenes verhängnisvollen 28. Juni der Habsburger Franz Ferdinand seine letzte politische Fahrt antrat.

Auf dem Grund und Boden von Kasindo standen vordem etliche Gebäude, die als Kontore und Beamtenwohnungen eines industriellen Unternehmens dienten; mit Umbauten und Anbauten wurden für die Erholungsbedürftigen die Wohnpavillons geschaffen, die nicht kaserneartig in Reih und Glied aufmarschiert sind, sondern malerisch verstreut liegen und jeder den Namen einer südslawischen Stadt, Belgrad, Zagreb, Ljubljana, Split, Mostar und Skoplje tragen. Daß man auf alles Bedacht hat, zeigt das Lattenwerk, das die Fenster eines dieser weißen Häuschen harmsartig abgittert: für den Fall, daß auch fromme Mohammedanerrinnen in Kasindo Aufnahme finden.

Der größte Pavillon, Sarajevo benannt, enthält den geräumigen Speisesaal. Gerade ist zum Mittag-mahl gedeckt, alles sauber, einladend, appetitlich, Blumen zwischen Tellern und Gläsern, und der freundlich grinsende Koch (Wiener Schule) in der vorbildlich blanken Küche des Kellergeschosses verheißt nicht umsonst Speisen, deren Wohlgeschmack mit ihrer Nährhaftigkeit wetteifert. Nachher ziehen sich die einen zum Nachmittags-schlummer in ihr Zimmer zurück, andere lagern sich faul, mit einem Buch in der Hand, auf die breite, gedeckte Terrasse oder ersteigen das zum Sonnenbad umgewandelte Dach, noch andere spritzen, plätschern und schwimmen in dem

großen Bassin herum, denn obwohl ein Arzt das Heim betreut und stete Untersuchungen den Kräftigungsprozeß begleiten, ist Kasindo nur Erholungsstätte für Schwächliche oder Genesende; akut Kranke, wie etwa in dem Sanatorium Brestovac auf dem Sljemen bei Agram, wohin die Krankenkassen nur schwer Tuberkulöse schicken, gibt es hier nicht.

Seit der Zentralisierung des gesamten Krankenkassenwesens wird das Heim nicht mehr aus Bosnien allein, sondern aus dem ganzen Lande belegt — Kasindo, in deinem Lager ist Südslawien! Unter den hundertsechzig Insassen, die es heute zählt und die es binnen kurzem auf zweihundert zu steigern gedenkt, fehlt keiner der Stämme des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates; auch Deutsch hört man im Vorübergehen, und ein paar Kartenspieler fluchen auf Magyarisch. Nur mit der nötigen Selbstdisziplin hapert es ein wenig. Dem Heim, das ausbaufähig und ausbauwürdig ist, käme es sehr zustatten, wenn die Kräftigeren der Belegschaft, wessen sie sich standhaft weigern, wenige Stunden am Tag in freier Luft mit Hand anlegen würden.

Denn die Erholungsstätte verfügt über Flur und Feld, und wird sie an der einen Seite von einem alten Bogumilenfriedhof mit verwitterten großmächtigen Grabplatten begrenzt, so erheben sich an der andern Seite die Wirtschaftsgebäude vor einem Hain von Obstbäumen und zwischen Gemüsebeeten. Hühner scharren im Mist, Enten watscheln einer Pfütze zu, Schweine fördern ihre Mast durch träge Ruhe, Kühe starren mit rundem Blick den Besucher an, Pferde stehen erwartungsvoll an der Krippe — in einem Käfig trottet gar ein junger Wolf, in der Nähe gefangen, in fieberhafter Unruhe hin und her, und hinter anderm Gitter schauen junge Falken aus gelbumrandeten Augen wehmütig in die böse Welt der Unfreiheit.

Mit befugtem Stolz führen die Genossen durch die Ställe und Anlagen einer ganz modernen Landwirtschaft. „Ein Stück praktischer Sozialpolitik!“ sagt selbstbewußt der Gewerkschaftssekretär Rauscher. Und ein Blick über das ganze Kasindo bestätigt, daß er recht hat — ganz gewiß und ohne Zweifel!

Hermann Wendel

B Ü C H E R S C H A U

1848—1919

Im Verlag der „Frankfurter Zeitung“, die örtlich und geschichtlich mit der 48er Revolution verbunden ist und die nationalen und demokratischen Ideen der Paulskirche erhalten will, erscheint unter dem Titel „Die Paulskirche“ eine Schriftenfolge über Männer, Ereignisse und Probleme jener Zeit. Da unser Geschichtsunterricht und der größte Teil der auf den Büchermarkt kommenden gemein- und jugendverständlichen Bücher die Geschichte als eine Folge von Herrscherdynastien oder Kriegen sieht, hat die Schriftenfolge eine wichtige Aufgabe: den Kämpfern für die deutsche Republik von heute die Sehnsucht nach nationaler Einheit an Stelle des Parti-

kularismus, nach Demokratie an Stelle von Absolutismus und Reaktion als belebendes Element deutscher Geschichte zu zeigen. Dabei stellt sich heraus, daß Ereignisse und Gedanken des „tollen Jahres“ genug dramatische Kraft haben, um die Leser zu fesseln. Die neuen Bändchen liegen vor: „Die 48er in Amerika“, von Georg von Skal; „Die demokratische Partei von 1848 und die soziale Frage“, von Hans Krause; „Die badische Bewegung der Jahre 1848 bis 1849“, von Anton Fendrich und „Die Linke der Paulskirche“, von Otto Ernst Sutter.

Nur schade, daß wir dazu zwei Anmerkungen machen müssen. Fendrich, dessen Heft übrigens an das vollsaftigere von Wilhelm Bloss

über die „Badische Revolution“ nicht heranreicht, macht am Schluß Ausfälle gegen den historischen Materialismus und die Sozialdemokratie. Krause gibt leider über das heute so interessante Thema nur Material ohne Untersuchung oder Darstellung der Grundlage der Arbeiterzahl und -verhältnisse in der damaligen Wirtschaft und ohne Gefühl für die Größe des Problems: Staatsgesinnung der Arbeiter. Er fühlt sich berufen, Bemerkungen über „die zügellose Selbstsucht der Arbeiter von heute“ zu machen. Warum sorgen die Herausgeber nicht, daß Derartiges unterbleibt? Wir wünschen, daß auch die Arbeiter zu Büchern greifen, die ihnen den Kampf für die deutsche Republik als den Kampf für ein hohes Gut zum Bewußtsein bringen. Wir begründen jede derartige Veröffentlichung. Wir haben gerade in dieser Zeitschrift für ein besseres Verständnis der Arbeiter für den Staat und seine Aufgaben gewirkt. Ohne Rücksicht auf die sozialen Forderungen der Arbeiter, die wir auch aus anderen Gründen vertreten, geht das nicht. Und da die Arbeiter das Hauptkontingent für die Kämpferschar zum Schutz der Republik stellen, darf diese Rücksicht bei solchen Veröffentlichungen nicht außer acht gelassen werden. Hedwig Wachenheim

Georg Engelbert Graf: *Entwicklungsgeschichte der Erde*. (Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, Jena. Preis: geheftet 2 Mark.)

Es ist begreiflich, daß die um Besserung ihrer Wirtschaftslage kämpfende Arbeiterschaft zu ihrer Belehrung in erster Reihe zu politischen, volkswirtschaftlichen, historischen Schriften greift; doch beweist der Erfolg, den einige Parteiverlage mit den von ihnen verlegten Büchern und Broschüren ethnologischen, prähistorischen, geologischen Inhalts erreicht haben, daß innerhalb der Arbeiterkreise auch für Werke dieser Wissensgebiete ein weites Lesepublikum vorhanden ist, falls ihm die

wissenschaftliche Kost nicht in fachwissenschaftlich schwerfälliger Darstellung, sondern in leichtverständlicher Form dargeboten wird. Werke wie O. Hausers „Mensch vor 100 000 Jahren“ und „Ins Paradies der Urmenschen“, Wilhelm Bölsches „Mensch und Vorzeit“ und „Stammbaum der Tiere“ habe ich selbst in kleinen, recht bescheidenen Arbeiterbibliotheken gefunden.

Dasselbe gilt von der jetzt in vierter erweiterter Auflage erschienenen, 107 Druckseiten umfassenden „Entwicklungsgeschichte der Erde“ von Georg Engelbert Graf — ein Erfolg, den dieses kleine Werk wohl vor allem seiner knappen und doch populären Darstellung verdankt, die selbst dem, der sich bisher wenig mit geologischen Fragen beschäftigt hat, sicher in die Erdgeschichte einführt. In kurzen, das Wissenswerteste anschaulich hervorhebenden Ausführungen schildert Graf die Entstehung der festen Erdkruste, ihre Zusammensetzung und Oberflächengestaltung mit dem sich zuerst auf ihr entwickelnden Pflanzen- und Tierleben. Ergänzt werden diese Schilderungen durch 78 Abbildungen im Text, eine Erklärung geologischer Fachausdrücke und eine Aufzählung verschiedener populärwissenschaftlicher geologischer Schriften, die dem, der, angeregt durch die Graf'sche Schrift, weiter ins Gebiet der Erdgeschichte vordringen will, zum Weiterstudium zu dienen vermögen.

Allen, die sich über das Werden unseres Erdplaneten unterrichten möchten, kann das kleine Werk sehr empfohlen werden. Einwendungen habe ich gegen Graf's Schrift nur insofern zu machen, als er in einigen Fällen Forschungsergebnisse, die meines Erachtens vorläufig nur den Wert einer wissenschaftlichen Hypothese haben, bereits als gesicherte Feststellungen betrachtet. So meint er zum Beispiel (Seite 88), daß der Mensch sich schon in der zweiten Hälfte der Tertiärzeit aus affen-

ähnlichen Vorfahren entwickelt habe, da uns seine Spuren in rohen, zu Werkzeug und Waffe benutzten Feuersteinbrocken erhalten seien, „die deutliche Zeichen der Bearbeitung durch ein denkendes Wesen aufweisen“. Graf hat dabei wohl an die sogenannten Eolithenfunde von Boncelles, Thenay, Puy-Courny usw. gedacht. Noch ist aber durchaus nicht festgestellt, daß diese Steine von Menschenhand bearbeitet sind. Eine ganze Reihe von Sachkennern führen heute die kleinen Absplittungen an diesen Steinen auf Einflüsse der Naturgewalten zurück.

Das hat jedoch in Anbetracht des Zwecks der Grafischen Schrift durchaus nicht den Anspruch, abschließende Urteile über schwere strittige Probleme zu bieten; sie will vielmehr in populärer Weise in ein höchst interessantes Forschungsgebiet einführen.

H. Cunow

Hermann Heller: Freie Volksbildungsarbeit. Grundsätzliches und Praktisches vom Volksbildungsamt der Stadt Leipzig. Verlag der Werkgemeinschaft Leipzig, 1924, 213 S. Preis 3 Mark

Hellers Buch ist nicht graue Theorie eines nie am praktischen Werk Erprobten, noch ist es wohlgemeinte (meist wenig nützliche) „Fruktifizierung gemachter Erfahrungen“. Hier spricht der schöpferische und zugleich kritische Praktiker. Noch mehr: er rechnet tapfer und unerbittlich mit viel pharisäischem Kram ab, der immer noch den Boden der Volksbildungsarbeit vergiftet. Und er scheut nicht davor zurück, durch ehrliche Formulierung streng überprüfter Ueberzeugungen dem und jenem empfindlich auf die Zehen zu treten.

Den Inhalt des Buches einer einheitlichen Kritik zu unterziehen, ist schwer; denn das Buch selbst ist nicht einheitlich. Der Stoff ist so bunt, wie es die Aufgaben eines städtischen Volksbildungsamts notwendig sind; und Heller hat viele Mitarbeiter herangezogen, die ihre

Selbständigkeit nicht dem Herausgeber opfern. Auch dies ist dem Herausgeber zum Verdienst anzurechnen: daß er als führender Praktiker seine Helfer am Werk nicht zu geistiger Hörigkeit degradiert.

Angesichts solcher Mannigfaltigkeit kann der Kritiker sich nur mit den wesentlichsten Teilen des Buches knapp auseinandersetzen.

Im Abschnitt über den Geist des Volksbildungsamts ist eine philosophische und soziologische Grundlegung des Volkshochschulwesens mit bemerkenswerter Ideenklarheit und mit der Unerschrockenheit des wirklich über den Parteien Stehenden entwickelt. Erkenntnis eines Bildungsziels und der „Bildungssituation“ des Arbeiters sind nach Heller die ersten Voraussetzungen für volksbildnerische Leistung. Zwei Formulierungen erscheinen uns dabei besonders wesentlich: Heller erklärt rund heraus, daß Setzung eines Bildungsziels Wertsetzung sei und reißt damit den Heuchlern die Maske ab, die gern von ihrer „absoluten Objektivität“ sprechen. (Vor Jahren las der Rezensent in einer Schrift über Demokratie, von reaktionärer Feder „für Volkshochschulen“ geschaffen, den Programmsatz: „Wir betrachten die demokratische Staatsform ohne Freundschaft und Gegnerschaft, so wie der Naturforscher die Pflanze betrachtet.“ Unnötig zu sagen, daß viel Gegnerschaft und wenig Freundschaft aus den folgenden Seiten sprach.) — Zum andern sieht Heller mit bisher nicht dagewesener Deutlichkeit die eigenartige Mischung von ökonomischen Rationalismen und fast mystischer Religiosität im geistigen Habitus des modernen Arbeiters; er sieht diesen Habitus nicht nur, er legt die Verflochtenheit der beiden Elemente so greifbar dar, wie es nur der überlegene Kopf kann, der Volksbildungsarbeit nicht als amtliche Aufgabe, sondern als menschlich-sittliche erfüllt. Er hat seinen Arbeitern ins Herz gesehen, wer das ohne Humanitätssentiment, im

Dienst der Kultur und der Menschheit, nicht zum Wohl einer „berechtigten Klasse“ tut, der ist Volksbildner im rechten Sinn.

Das grundlegende Werk des Leipziger Volksbildungsamts ist die Volkshochschule Leipzig, die nach Aufbau und Arbeitsmethoden dem „Berliner Typ“ sich anschließt. Bezeichnend ist es für den Eingeweihten, wie aus der Arbeit der Volkshochschule neue Instrumente intensiverer Volksbildungsarbeit herauswachsen: die Volkshochschulheime und die Volkshochschulgemeinschaft. Bezeichnend aus folgenden Gründen: man machte anfangs der städtischen Abendvolkshochschule den Vorwurf, sie wirke nur an der Oberfläche, knüpfe vor allem kein Gemeinschaftsband zwischen ihren Gliedern. Darauf war vor drei, vier Jahren nur zu erwidern: „Die Großstadt hat zunächst keine andere Möglichkeit.“ Inzwischen beobachtet man offenbar allenthalben als folgerichtig und zielbewußt in Abendkursen durchgeführter Volkshochschularbeit die spontane Bildung von Gemeinschaftsgruppen, die auf den Anfängen gemeinsamen Geistesstrebens den Kuppelbau einer Hilfs- und Lebensgemeinschaft errichten. So in Leipzig laut des Verfassers Bericht; so in Berlin, so anderwärts. Und solche Lebensgemeinschaft geistig strebender Arbeiter und ihrer intellektuellen Führer in der Großstadt hat vor dem vielgepriesenen ländlichen Internat einen unschätzbaren Vorzug: die durch ihre Entstehung stets gegebene Bezogenheit der Gemeinschaft auf die Ausbildung des Geistes und — den Fortbestand der sozialen Verknüpfungen der Gemeinschaftsglieder mit ihren Arbeitskollegen, Parteien, Berufsverbänden neben dem geistig bezogenen Gemeinschaftsleben (Schutzimpfung gegen geistigen Dünkel und soziale Entwurzelung!).

Ueber die Lehrpläne der Volkshochschulheime ist ein kurzes Urteil schwer zu fällen; es wären erkenntnistheoretische Auseinandersetzungen nötig. Erwähnung ver-

dient, daß eine soziologisch aufgefaßte Kulturlehre — sie wird in Leipzig als idealer Bildungsstoff erachtet — in einem Heimkreis in historischer Folge, gleichzeitig aber im andern Heim so behandelt wurde, daß man von der Gegenwart etappenweise bis zur Reformation zurückging. Der Rezensent hat im Bestreben, von dem seinen Hörern Nächstliegenden auszugehen, auf anderm Lehrgebiet gleiches versucht; doch scheint ihm eine Gefahr dabei dies: leicht knüpfen sich dann, vom Lehrer nicht gewollt, bei den Hörern einigermaßen gezwungene Entwicklungszusammenhänge zwischen den jüngern und den ihnen vorhergehenden Erscheinungen; an der später behandelten, ältern Epoche erscheint dem Schüler leicht das als Wesentlichstes, worauf der Weg aus der vorher behandelten jüngern Epoche ihn zuerst führte. Sein Vorstellungsbild dann immer wieder zurechtzurücken ist, oft schwer.

Die „Schule für Wirtschaft und Verwaltung“ schließt sich nach dem gegebenen Aufriß der Arbeit nahe an anderwärts bestehende Einrichtungen der Art an. Dankenswert ist es, daß nur die eine Hälfte der Hörer (nicht alle, wie an andern Wirtschaftsschulen) von den Berufsorganisationen gestellt wird; die Rekrutierung der andern Hälfte durch Vorschläge von Jugendverbänden, Volkshochschullehrern und selbständige Bewerbungen ist ein wirksames Gegenmittel gegen die Gefahr der Heranzüchtung unerwünschten und keineswegs kulturfördernden Bonzentums.

Ein Wort noch über das Seminar für freies Volkshochschulwesen an der Universität Leipzig. Eine treffliche Idee. Man sollte sie auch an andern deutschen Universitäten verwirklichen! (Aber freilich — wo sind die Hochschullehrer, die der Aufgabe gewachsen wären, ja, die hier auch nur ein Problem, wert des Schweißes der Edlen, sähen?) Ausgezeichnet auch das Arbeitsprogramm. Die Fülle der Einzelaufgaben ist in klarer Gliederung

erschaut. Anzuzweifeln nur, ob wirklich die Frage nach der „Bildungswirksamkeit des Stoffes“ in dem von Heller geforderten Maße grundsätzlicher Lösung zugänglich ist. Es führen viele Wege nach Rom; nicht jeder Pilger muß den gleichen wandern; uns scheint die Frage nach der Methode und ihrer Bildungswirksamkeit weitaus wichtiger; wie überhaupt — und das ist nicht nur unsere Ansicht — im Volkswildungswesen entsprechend dem Drang der Zeit zur Synthese die Methode geistigen Tuns entscheidender ist als der Stoff, an dem sie knetet. —

Den Volkswildungsmann, der Berlins kulturell so spröden Boden zu beackern verurteilt ist, wandelt stille Wehmut an, wenn Heller darüber klagt, daß die Stadt Leipzig zeitweise „so geringe Mittel“ für seine Arbeit übrig gehabt habe. Man erinnert sich daran, daß Berlin mit seinen mehr als drei Millionen Menschen kein durchorganisiertes Volkswildungsamt besitzt und daß es lange Zeit das in Verbindung mit der Stadt arbeitende freie Volkswildungswerk teilnahmslos seinem eigenen Schicksal überließ.

Dr. Th. Geiger.

Curt Geyer: *Drei Verderber Deutschlands.* - Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands und der Reparationsfrage von 1920-24

Geyer hat seiner Darstellung der Geschichte der Reparationsfrage in Deutschland von 1920 bis 1924 den Titel „Drei Verderber Deutschlands“ gegeben. Er zielt damit auf die drei großen Führer der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reaktion in der jungen deutschen Republik ab: Stinnes, Helfferich und Havenstein. Alle drei sind heute nicht mehr am Leben, aber ihr Geist lebt weiter in der Politik gewisser deutscher Kreise, der Geist der Wirtschaftsherzöge, ihrer politischen Vorkämpfer und der ihnen gehorsamen Bürokraten. Darum handelt es sich bei der Schrift

nicht um eine Arbeit von nur historischem Wert, sondern um ein politisches Buch von aktuellster Bedeutung. Indem es die Entwicklung der Reparationsfrage in Deutschland darstellt, zeigt es die Lebensfrage aller Gegenwarts politik auf, den unheilvollen Einfluß wirtschaftlicher Interessenten auf die Geschicke der Staaten der kapitalistischen Gesellschaft. So ist die Schrift ein Mahnruf an die nicht kapitalistisch verstrickten Staatsbürger aller Länder zur ernsthaften Benutzung ihrer demokratischen Rechte: Laßt euch nicht von dem geschickten Vertrag angeblicher politischer und wirtschaftlicher Notwendigkeiten düpiieren, prüft selbst unbefangen und von Grund aus nach, was der Volksgesamtheit dienlich ist und was darum geschehen muß! Gewiß waren Stinnes, Helfferich und Havenstein „drei Verderber Deutschlands“, aber was hätten sie sein können ohne den unbedingten Glauben der Mehrzahl des deutschen Volkes an die Autorität des „Wirtschaftlers“, des „wirtschaftlich vorgebildeten Politikers“ und des „gebildeten Beamten“. Diesen Glauben, der im Grunde nichts anderes ist als Trägheit im eigenen Denken, soll Geyers Buch erschüttern, indem es die bewußt oder unbewußt eingeschlagenen Irrwege der Politik der Autoritäten und ihre katastrophalen Folgen für das deutsche Volk an der Hand sorgsam zusammengetragener Dokumente aufzeigt. Bei der Annahme des Sachverständigenplanes für die künftigen Reparationsleistungen und ihren Folgen für die äußere und innere Politik Deutschlands stehen wir an einem neuen Wendepunkt seiner Geschichte; den neuen Weg müssen wir finden, unbeeinflußt von falschen Autoritäten, geführt von der Autorität des Verstandes des der Volksgesamtheit dienstwilligen Staatsbürgers. Um der Erziehung zu dieser Politik willen ist Geyers Schrift weiteste Verbreitung zu wünschen.

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
 Verantwortlich für die Anzeigen: Paul Kolmetz, Berlin.
 Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451
 Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123